

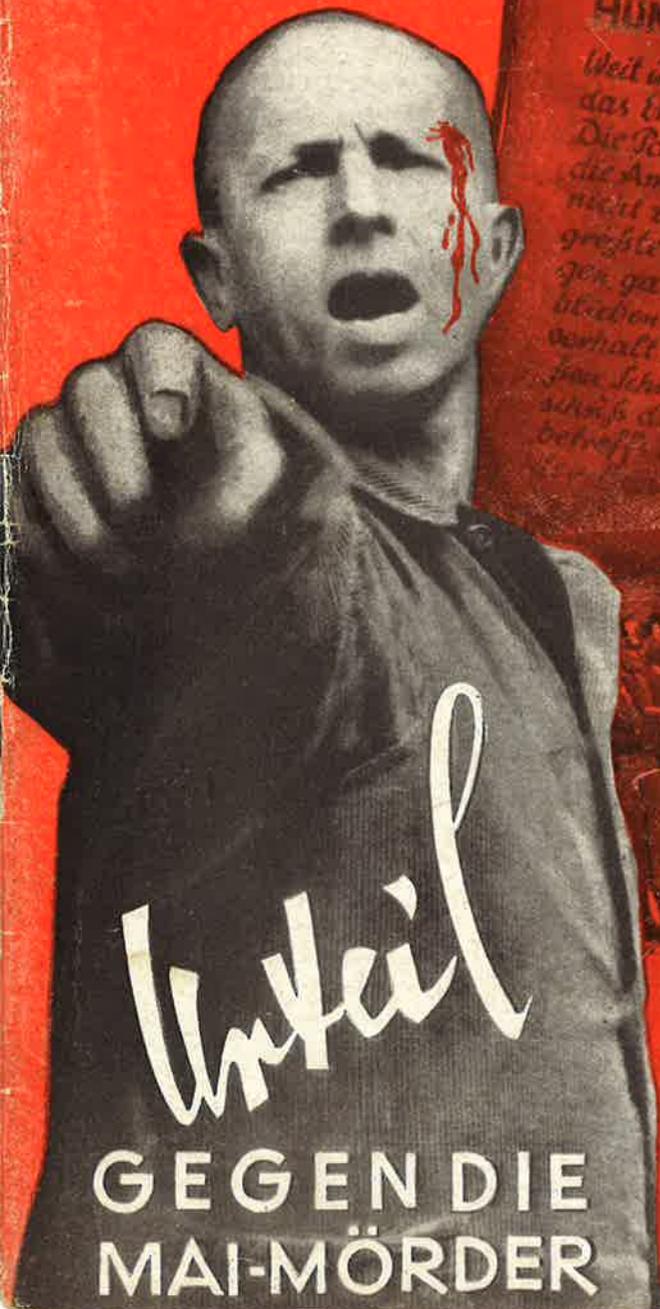
PEWAS

WEITLICH

MANIFEST

30 TOTE, 81 SCHWER-UND VIEL
HUNDERT LEICHTVERWUNDET

Weit über 1000 Sistierungen, das ist
das Ergebnis des Mai 1929 in Berlin!
Die Parlamente haben geschwiegen,
die Amtsstellen haben ihre Beamten
nicht zur Rechenschaft gezogen. Der
größte Teil der bürgerlichen Zeitun-
gen ganz besonders ab... Vorwissen
blieben stumm, oder
verhält zu verschlei...
für Sch... richt...
sch... durch...
betreff...



Anteil

GEGEN DIE
MAI-MÖRDER



U R T E I L
gegen die
Mai-Mörder

Öffentliche Verhandlung
des Ausschusses zur Untersuchung
der Berliner Maivorgänge



Stenographisches Protokoll
vom 1. Verhandlungstag nebst Anlagen.

Preis 20 Pfennig

Herausgegeben von der Roten Hilfe Deutschlands
im Auftrage des Untersuchungsausschusses

Alle Rechte vorbehalten

Verlag: Mopr-Verlag, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77-78
Auslieferung: Schweiz: Willi Trostel, Zürich, Ottikerstraße 35
Oesterreich: Rote Hilfe, Wien VIII, Lerchengasse 13

VORWORT

Die Berliner Maimorde, die wohl einzig dastehen in der Geschichte der Maidemonstrationen des deutschen Proletariats, haben nicht nur in den breiten Arbeitermassen sondern in weiten Kreisen der Werktätigen und Intellektuellen tiefe Empörung hervorgerufen. Die berufenen Hüter der öffentlichen Ordnung, die Wächter über bürgerliche Gesetzlichkeit und Rechtlichkeit, die Mächtigen in der Regierung, wo waren sie, als in den Maitagen in den Straßen Berlins Zörgiebels vertierte Soldateska ihr mörderisches Werk vollbrachte. Sie schwiegen. Und sie mußten schweigen.

Sie selbst waren die Schuldigen. Und hätten sie Recht sprechen wollen über die Schuldigen, sie hätten richten müssen über Verbrechen, deren Urheber und Vollzieher sie selbst waren. Darum schwiegen sie; ja noch mehr, sie suchten ihre Taten zu vertuschen, ihre Schuld zu verbergen hinter einem Wall von Lügen und Verleumdungen.

31 Gemordete, 81 Schwer- und viele hundert Leichtverletzte, tausende von Verhafteten und grausam Mißhandelten rüttelten die Empörung der Massen wach. Und jeder, der kein Schuldiger war, mußte zum Ankläger werden.

Die Rote Hilfe, ihrer Aufgaben bewußt, forderte unparteiische, öffentliche Untersuchung! Ein Untersuchungsausschuß aus Mitgliedern verschiedener Parteien und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hielt Gericht vor aller Öffentlichkeit über Urheber und Vollstrecker des blutigen Mai.

Es waren Männer, deren Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe von keinem, selbst vom Gegner nicht angezweifelt werden konnte. Sie führten ihre Arbeit durch auf Grund genauer Ueberprüfungen und Feststellungen, auf Grund hunderter Zeugenaussagen, die alle unabhängig voneinander unter ernstestem Vorhalt der Wahrheitspflicht abgegeben wurden. Sämtliche Zeugen erklärten sich bereit, ihre Aussagen vor Gericht unter Eid zu wiederholen.

Die im folgenden niedergelegten Ergebnisse der umfassenden Arbeiten des Untersuchungsausschusses haben die Notwendigkeit gezeigt, ihn als Organ der Öffentlichkeit gegen die Verheimlichung und straflose Duldung aller Verbrechen der „Staatsautorität“ auch weiter bestehen zu lassen. Mit der Aufklärung der Maivorgänge ist seine Arbeit nicht beendet. Er soll auch in Zukunft immer am Platze sein, wenn es gilt, gegen Gewalttaten und Blutschuld der Regierenden, gegen das System des Arbeitermordes und faschistischer Methoden Anklage zu erheben und die Massen gegen sie aufzurufen.

Das Ergebnis des Verfahrens des Ausschusses ist von aufpeitschender Eindeutigkeit: ein wohl begründeter und klarer Schuldspruch.

Die Schuld ist erwiesen, der Spruch gefällt. Seine Exekution ist Aufgabe der Arbeiterklasse.

**Das Präsidium
des Untersuchungs-Ausschusses**

Stefan Großmann, Schriftsteller
Professor Alfons Goldschmidt
Carl von Ossietzky, Schriftleiter
der „Weltbühne“
Dr. Apfel, Rechtsanwalt
Heinrich Mann
Ottomar Geschke, M. d. R.
Herwarth Walden
Ferd. Timpe, Sekretär des Präsidiums

Die Kommissionen

Organisationskommission; (Vors.: St. Großmann)
Ursachenkommission; (Vors.: Prof. Goldschmidt)
Feststellungskommission; (Vors.: Dr. Apfel)
Betriebskommission; (Vors.: Hein, M. d. R.)
Pressekommission; (Vors.: Egon Erwin Kisch)

PROTOKOLL

**der öffentlichen Verhandlung des Ausschusses zur öffentlichen
Untersuchung der Maivorgänge 1929**

1. Verhandlungstag: Donnerstag, den 6. Juni
1929, im Großen Schauspielhaus, Berlin.

Präsidium:

*Stefan Großmann, Dr. Apfel, v. Ossietzky, Prof. A. Gold-
schmidt, Ottomar Geschke, M. d. R., Karl Schneidt.*

* *

Stefan Großmann

eröffnet die Verhandlung kurz nach 7 Uhr abends mit folgender

ANSPRACHE:

Berliner, Berlinerinnen! Die Männer, die sich zu dem Ausschuß zur öffentlichen Untersuchung der Maivorgänge zusammengeschlossen haben — Männer aus allen lebendigen, politischen Richtungen — sie haben die Last dieser Arbeit nicht leichten Herzens übernommen. Aber es mußte sein! Nachdem in den ersten Maitagen 24 Tote, deren Zahl sich inzwischen auf 30 erhöht hat, 81 Schwerverletzte und viele hunderte Leichtverletzte zu beklagen waren, hatten wir gehofft, hatte jeder von uns im stillen gehofft, daß diese blutigen Vorgänge in ihren Ursachen erforscht und klarge stellt werden. Schlimmer als der Tod dieser Opfer wäre eine stumpfe Gleichgültigkeit, die schweigend die Toten der Maitage hingenommen hätte. Von allen politischen Lastern der Deutschen ist das schlimmste die innere Stumpfheit, die Gleichgültigkeit für Tod oder Leben, die furchtbare Schnuppigkeit, aus der das gräßliche Kriegswort „Menschenmaterial“ entstanden ist.

Jeder von uns, die wir hier sitzen, hoffte im stillen, daß sich eine unparteiische Instanz zur Erforschung der Maivorgänge finden werde, aber unsere Hoffnungen wurden Tag für Tag wieder enttäuscht. Wenn ich von mir persönlich reden darf, so kann ich mitteilen, daß zu mir Zeitungsschreiber kamen, alte Kollegen, die mir die Berichte zeigten, die sie wohl geschrieben hatten, die aber in ihren Blättern nicht veröffentlicht worden sind. (Lebhaftes hört! hört!)

Es kam später zu Besprechungen der Maivorgänge im Preußischen Landtag; aber die Reden, insbesondere die Rede des Innenministers Grzesinski, stimmten nicht überein mit den Tatsachen, die wir inzwischen aus Briefen, aus Klagen, aus Mitteilungen einfacher, unparteiischer Menschen erhalten hatten. Der Preußische Landtag hat nicht einmal den Versuch gemacht, die Ursachen der Maivorgänge zu erforschen. Nun hätten wir auch in der Stadtverordnetenversammlung eine Gelegenheit zur Be-

sprechung der Maivorgänge haben können, und ich erinnere mich, daß die Wiener Stadtverordnetenversammlung nach jenem Tage, an dem der Wiener Justizpalast in Flammen stand, eine eigene Kommission eingesetzt hatte, um jene Vorgänge zu erforschen und den Polizeipräsidenten von Wien zur Ordnung zu rufen, zur Verantwortung zu ziehen. Es scheint, daß unsere Berliner Stadtverordnetenversammlung mit dem Herrn Oberbürgermeister Böß an der Spitze von den Sorgen um die Berliner Festspiele so sehr bedrängt war, daß sie für das Trauerspiel der Maitage nichts mehr übrig hatte.

Verehrte Freunde, Berliner! Es ist nirgends wo, von keiner parlamentarischen Stelle, der Versuch gemacht worden, die Vorgänge der ersten Maitage wirklich zu untersuchen. Wir haben allerdings in den Zeitungen gelesen, daß die **Liga für Menschenrechte**, eine private Stelle, eine solche Untersuchung veranstalten werde. Ich habe mich bemüht, mit den Herren, die diese Ankündigung so schnell in die Welt gesetzt haben, mich zu verständigen. Bis zum heutigen Tage ist mir auch nicht eine einzige Aktion bekannt, die wirklich dazu beigetragen hätte, die fürchterlichen Vorgänge der Maitage zu erforschen. Aber ich habe mir schließlich gesagt, die Liga kennt wahrscheinlich auch das große Menschenrecht auf Nichtstun und Scheintun, ein Menschenrecht, so zu tun, als ob man etwas täte. Und so blieb eine Öffentlichkeit, die gefüttert wurde mit lügenhaften Berichten, die ein unbefangener Beurteiler sogleich erkennen konnte. Ich erinnere Sie nur an die Geschichte, die das halbamtliche Wolff-Büro verbreitet hat, an die Geschichte von den 14 Karabinern, die in den Händen von Polizisten erschossen worden sind. Zum Glück sind Arme und Hände, die diese Karabiner gehalten haben, gesund und heil geblieben und nur die Karabiner wurden beschädigt.

Als wir diese scheußlichen Kriegslügenberichte lasen, da trat in uns, die wir hier sitzen — unabhängig von einander — das dringende Bedürfnis, der drängende Wunsch hervor, die Dinge zu untersuchen, so, wie sie wirklich waren und das Ergebnis frei dem Volk zu übermitteln.

Ich bitte Sie, nicht zu lachen, wenn ich Ihnen sage, daß wir vom „Vorwärts“, der einmal von Männern redigiert worden ist, gefragt worden sind: mit welchem Rechte wir eine solche Untersuchung vornähmen. Man hat uns einen kommunistischen Ausschuss genannt. Aber ich kann Ihnen versichern, daß wir, die wir hier an diesem Tische sitzen, und daß die Mehrheit des gesamten Ausschusses zur Untersuchung der Maivorgänge nicht aus Kommunisten besteht. Ich will mich Ihnen nicht besser machen als ich bin, aber ich bin kein Kommunist und ich bin zu alt dazu, um zu hoffen, daß ich noch einmal Kommunist werde. Herr Dr. Apfel gehört der **Demokratischen Partei** als Mitglied an, Herr v. Ossietzky gehört keiner Partei an, er gehört zur Partei Ossietzky. Die nichtkommunistische Mehrheit in unserem Ausschuss wäre noch größer, wenn nicht einige demokratische Herren Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen hätten. Es ist richtig, in unserer Mitte sitzen auch Kommunisten, aber so weit kann doch unsere Verblendung nicht gehen, daß wir eine notwendige, sittlich befreiende Aktion nur deshalb im Stiche lassen sollen, weil sich auch Kommunisten an ihr beteiligen.

Ich für meine Person erkläre Ihnen — und ich glaube das auch im Namen der anderen Ausschußmitglieder erklären zu können — daß wir als vollkommen freie und unabhängige Männer an diese Arbeit gegangen sind,

daß niemand im Laufe unserer Untersuchung uns auch nur mit der Zustimmung entgegen getreten ist, irgend etwas zu tun oder zu unterlassen, was die Erforschung der Wahrheit gehindert hätte.

Der „Vorwärts“ — um wieder von unserem lieben Regierungsblatt zu reden — hat uns gefragt, mit welchem Rechte wir diese Untersuchung vorgenommen haben. Dieser „Vorwärts“, der nun nach rückwärts, nämlich auf seine eigene schöne Vergangenheit, zurücksehen kann, kann sich gar nicht vorstellen, daß jemand eine Arbeit unternimmt, ohne von einer Instanz beauftragt, ohne von irgend einer Seite dafür bezahlt zu werden. Ich antworte dem „Vorwärts“: Ja, wir sind von unseren Schreibtischen aufgestanden, wir haben unsere Arbeit im Stich gelassen, und nur aus einem Grunde: Weil keine amtliche Instanz, keine Behörde, kein Parlament, kein Oberbürgermeister und keine Liga für Menschenrechte diese schrecklichen Vorgänge wirklich untersuchen wollten! Und so wollten wir nicht den Fluch der stumpfen Gleichgültigkeit auf uns laden!

Sicher hätte es noch bessere Methoden der Wahrheitsforschung gegeben, und wir sind heute noch bereit, die Resultate unserer Arbeit, unserer mühevollen Arbeit, in die Hände anderer zu legen, und, wenn man will, in die Hände autoritärer Herren, als wir es sind. Ich fürchte nur, daß diese Untersuchung trotz dieses Appells niemals erfolgen wird.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an den Befehl erinnern, den der Herr Polizeipräsident Zörgiebel herausgegeben hat, und in dem er allen Beamten der Polizei untersagt hat, sich an einer Untersuchung über die Maivorgänge zu beteiligen. Trotz dieser Schwierigkeiten haben wir ein überwältigendes Material gesammelt, **mehr als 300 Zeugenaussagen** von Leuten, von denen nicht 5 Prozent der Kommunistischen Partei angehören, von Frauen, von jungen Menschen, von Sozialdemokraten, von Parteilosens. Dieses Material liegt uns vor, nicht nur über die Vorgänge am 1. Mai — die blutigsten Dinge haben sich ja nicht am 1. Mai, sondern am 2., 3., 4. und 5. Mai ereignet. Es liegt uns auch eine **Fülle von photographischen Aufnahmen** vor; denn es ist der Polizei nicht gelungen, sämtliche Photographenapparate an sich zu reißen und alle Platten zu beschlagnahmen. Ein Film, der im Vertriebe der Emelka erschienen ist, wird Ihnen heute, um einige Aufnahmen erweitert, als **unwiderlegliches Beweismaterial** vorgeführt werden.

Wir werden Ihnen leider nur einen kleinen Bruchteil des ungeheuren Beweismaterials vorlegen können. Ein Teil der Aussagen, die wir in kleinem Kreise gehört haben, müssen Ihnen vorenthalten werden gegen unseren Willen. Ich denke an die empörten Berichte, die uns Zeitungsberichterstatter geliefert haben, Leute die heute hier nicht auftreten können, weil sie um ihr bißchen Brot zittern müssen.

Wir wenden uns nun heute nicht an eine einzelne Partei, wir möchten zu allen lebendig empfindenden Berlinern sprechen, gleichgültig, welcher Partei sie angehören. Ich würde es begrüßen, wenn eine große Anzahl von Sozialdemokraten hier im Raume säßen, und ich kann Ihnen sagen: ich weiß aus vertraulichen Geständnissen, wieviele alte Sozialdemokraten hierher kommen wollten und vielleicht insgeheim auf den Galerien sitzen, die zwar nicht gern gesehen sein wollen, denen aber die Schmach dieser Maitage auf dem Gewissen brennt.

Die Hoffnung, daß die Maitoten totgeschwiegen werden, besteht nicht,

wir sind nicht ein Mal zusammengekommen; wir werden die Vorgänge, die wir in unserem Ausschuß festgestellt haben, nicht nur heute in diesem Saale kundgeben, sondern wir werden die Gespenster der Maitoten durch diese ganze Stadt aufmarschieren lassen, von Stadtteil zu Stadtteil und diejenigen werden sich täuschen, die mit unserer Vergeßlichkeit rechnen wollen. Und so lassen Sie mich im Namen unseres Ausschusses dafür danken, daß Sie heute hierher gekommen sind in so großen Scharen, daß der Raum dieses Großen Schauspielhauses die Erschienenen nicht alle fassen konnte. Wir werden uns auch ohne den großen Schutz, den uns der Herr Polizeipräsident draußen auf der Straße angedeihen ließ*), hier so verhalten, wie es den Toten, den in den Maitagen Gefallenen, gebührt. Wir werden an diese Toten denken, und das wird der heutigen Kundgebung ihre Würde und ihren Ernst, aber auch ihre unnachsichtliche Festigkeit geben. Es ist möglich, daß in diesem Saale der eine oder andere Ruhestörer ist; denken Sie an die Toten der Maitage und weisen Sie jeden Ruhestörer zurück, sorgen Sie dafür, daß wir mit jenem Ernst und mit jener Feierlichkeit die Verhandlung führen, die angesichts der Toten der Maitage dem Ernst der Situation entspricht.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihr Erscheinen, und nun wollen wir in die eigentlichen Verhandlungen eintreten, und ich möchte zu dem wichtigsten Punkt, zu dem Referat über die eigentlichen Vorgänge in den Maitagen, Herrn Dr. Apfel das Wort erteilen.

Die Untersuchung der Maivorfälle.

Dr. Apfel: Verehrte Anwesende! Bei dem Ausschuß zur Untersuchung der Maivorgänge haben sich bis zum heutigen Abend über 300 Zeugen gemeldet. Wir konnten bisher nur etwa 200 derselben selbst vernehmen. Von diesen Vernommenen waren, wie der Vorsitzende, Herr Großmann, mitgeteilt hat, 5 Prozent der Kommunistischen Partei zugehörig, 2 Prozent erklärten sich als mit der Kommunistischen Partei sympathisierend, und die übrigen setzten sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. Die Vernehmungen wurden zumeist in meinem Büro vorgenommen. Jeder Zeuge und jede Zeugin ist auf das eindringlichste verwarnet worden, nichts als die reinste Wahrheit zu sagen. Jedem Zeugen ist das Gewissen geschärft worden, er ist ersucht worden, persönliche Mißlichkeiten nicht zu sehr zu verallgemeinern. Wir haben gesagt, daß uns nichts daran liege, durch Aussagen in eine allgemeine Hetze gegen die Polizei hineinzugeraten. Das einzige, was wir forderten, war, daß der Zeuge sich bereit erklärte, seine Aussagen an Eidesstatt zu wiederholen. Ich werde mir 5 oder 10 Minuten Zeit von Ihnen erbitten müssen, um die konkreten Resultate der Feststellungen mitzuteilen, die, wie ich vorgehend sagen möchte, erschütternd sind.

Ich empfehle Ihnen, diese Resultate genau zu würdigen, aber ich empfehle das auch der Polizei. Als Jurist kann ich nicht umhin, auf das tiefste zu bedauern, daß die Tätigkeit unseres Ausschusses nicht von staatlicher Seite überflüssig gemacht worden ist. Wir hätten es lieber gesehen, wenn eine Nachprüfung der gesamten Maivorgänge durch die ordentlichen Gerichte

*) Die Polizei hatte die Straße besetzt und den „Ordnungsdienst“ übernommen, weil der überfüllte Saal des Großen Schauspielhauses den riesigen Zustrom nicht mehr aufnehmen konnte.

erfolgen würde, die mit den Machtmitteln des Staates ausgerüstet sind, und die bei Anwendung sauberer juristischer Methoden viel zur restlosen Aufklärung hätten beitragen können. Aber eine gerichtliche Aufklärung des gesamten Komplexes der Maivorgänge wird anscheinend bewußt vermieden. Man strengt, obwohl von 1300 Verhafteten gesprochen wurde, nur einige wenige Bagatelprozesse an, die auf einzelne Tatbestände beschränkt werden und so wird es ermöglicht, daß die Schaffung eines Gesamtbildes in öffentlicher Gerichtsverhandlung, verhindert wird.

Herr Großmann hat Ihnen gesagt, daß wir unsere Feststellungen Ihrer und der gesamten öffentlichen Kontrolle unterbreiten werden. Ich werde ihnen sagen, wie wir diese Vernehmungen zu handhaben gedenken. Wir haben ausnahmslos alle Zeugen zu dem heutigen Abend geladen, insbesondere die 75 Zeugen, die nach meiner geprüften Ansicht das Wichtigste zu sagen haben. Die Zeugen kommen vollkommen unpräpariert hierher. Ihnen ist nur die Warnung mit auf den Weg gegeben worden und die Bitte, die ich wiederhole, daß sie sich ihrer Pflichten gegenüber der Öffentlichkeit bewußt sein müssen, daß Lügen kurze Beine haben.

Kein Zeuge weiß, wer von mir aufgerufen wird. Ich wähle heute und morgen die Zeugen aus, selbst in einer Reihenfolge, die den Zeugen unbekannt ist. Die Befragungen der Zeugen finden durch das Richterkollegium statt, das außer meiner Wenigkeit, aus den Herren Großmann, v. Ossietzky, Prof. Goldschmidt und Geschke besteht. Eine andere Form der Befragung ist nicht möglich. Wenn aber einer von Ihnen den Wunsch hat, eine Frage an die Zeugen durch das Gericht gerichtet zu sehen, so bitte ich, einen Zettel hierher gelangen zu lassen, und ich werde die Frage, wenn sie mit dem Komplex zusammenhängt, evtl. auch durch spätere Befragung, öffentlich an den Zeugen richten.

Die Vernehmung wird, so weit sie den Ursachenkomplex betrifft, durch Herrn Prof. Goldschmidt geleitet werden.

Ich will nun sofort mit der Vernehmung der Zeugen beginnen, Sie vorher nur noch bitten, darauf Rücksicht zu nehmen, daß wohl kaum einer der Zeugen vor einer solchen Massenversammlung gesprochen hat. Ich bitte, von den Zeugen hier nicht die Sprecher zu erwarten, die sonst auf dieser Bühne agieren, sondern ich bitte nicht zu verübeln, wenn sich die Zeugen nicht als erstklassige Redner erweisen. Sollten Zeugen undeutlich sprechen, dann werden wir versuchen, die Rede zusammenhängend zu verdolmetschen.

Die Vernehmung der Zeugen.

Ich beginne damit, daß ich aus der von mir aufgestellten Liste die ersten 5 Zeugen aufrufe und sie frage, ob sie anwesend sind.

Ist hier anwesend Herr Bauingenieur J.? (Zuruf: Ja!)

Ist hier anwesend Herr Postbeamter B.? (Zuruf: Ja!)

Ist hier anwesend Herr Stadtarzt Dr. Schmincke? (Zuruf: Ja!)

Ist hier anwesend Herr Bootsmann K.? (Zuruf: Noch nicht hier!)

Ist hier anwesend Herr P. jr.? (Zuruf: Ja!)

Ich werde also die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Die Vernehmung des Bauingenieurs J.

Dr. Apfel: Ich bitte dann Herrn Bauingenieur J. heraufzukommen. Ihr Beruf ist Bauingenieur? (Zeuge: Jawohl!) Ihr Alter? (Zeuge: 40 Jahre.)

Wohnhaft: Steglitz. Und Sie versichern auf Ehre und Gewissen, daß Sie hier die reine Wahrheit sagen werden. (Zeuge: Jawohl!)

Stefan Großmann: Ich lege Wert darauf, die Zeugen zu befragen, welcher Partei sie zugehören. (Zeuge: Ich bin parteilos.)

Dr. Apfel: Darf ich jetzt fragen, an welchem Tage Sie einen persönlichen Eindruck von den Vorgängen gehabt haben und wo das war?

Zeuge: Ich war am 1. Mai zwischen 6 und 7 Uhr abends am Kaiser Wilhelmplatz in Schöneberg. Ich hatte am 1. Mai um diese Zeit in Berlin zu tun, fuhr mit der Straßenbahn und stieg am Kaiser Wilhelmplatz aus. Ich mußte zur Kolonnenstraße. Als ich um den Kaiser Wilhelmplatz herumgehe, kommt ein Auto mit Polizeimannschaften um die Ecke gesaut und zwar aus der Richtung vom alten Rathaus Schöneberg her. Die Mannschaften stiegen aus dem Auto heraus, ungefähr 6 Meter vor mir war die ganze Kolonne vom Wagen herunter. An der Ecke der Bahnstraße standen ungefähr 20 bis 30 Menschen, ob es Demonstranten waren, weiß ich nicht, es mag auch Publikum gewesen sein. Die Kette von Polizeibeamten, die vor mir ging, hieb wahllos auf die Menschenmenge ein, u. a. trieben sie die jungen Leute, die hinten gingen, mit Gummiknüppeln an. In dieser Menge befand sich ein älterer Herr — ich taxiere ihn auf 60 Jahre — der nicht so schnell mehr gehen konnte, da ertönte aus dem Munde eines Polizeibeamten der Ruf: Laufen Sie! Der Mann drehte sich um und schon erhielt der Mann einen Schlag auf den Schädel. Dieser Anblick ekelte mich dermaßen an, daß ich meine Besorgungen nicht mehr erledigen konnte, nachdem ich diesen Vorgang gesehen hatte.

Später besorgte ich meinen anderen Weg, in der Nähe des Bahnhof Bülowstraße. Auf dem Rückwege kam ich die Hauptstraße herauf. Gegenüber dem Gebäude der Heilsarmee und dem Kaufhaus von Lindemann bemerkte ich auf dem Fahrdamm je zwei Mann von den Blauen postiert. Sie hatten inzwischen die Haltestelle zwischen der Bahnstraße und der nächsten Straße gesperrt und im übrigen hatten sie auch den Verkehr nur für Autos, Straßenbahn und Motorräder aufrecht erhalten, für Fahrräder war der Verkehr jedoch gesperrt. Ich befand mich vor dem Haus von Lindemann, da kam ein Radfahrer angefahren. Die Polizeimannschaften ließen den Radfahrer erst bis zu sich herankommen, und erst, als der Radfahrer in der Höhe der Schutzleute war, hieb der eine von den Blauen auf ihn ein. Der Mann fiel vom Rad, er machte noch eine abwehrende Bewegung, als die anderen Polizisten das sahen, waren auf einmal vier Mann zur Stelle, die den Radfahrer mit den Füßen stießen. Es dauerte eine ganze Zeit, bis der Mann von den Beamten genommen und zur Wache geschleift wurde; erst 20 Minuten später wurde er zur nächsten Rettungsstelle geschafft.

Dr. Apfel: Das sind Ihre eigenen Wahrnehmungen; haben Sie gesehen, daß einzelne Passanten durch ihr Auftreten der Polizei Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben haben?

Zeuge: Nach meiner Ueberzeugung nicht. Ich möchte noch in meiner Aussage nachholen, daß bei dem Radfahrer, als die Schutzleute über ihn herfielen, ein älterer Polizeibeamter mit dem Kopf schüttelte, sodaß ich annehme, daß es auch noch besonnene Elemente unter den Polizeibeamten gab.

Dr. Apfel: Sind noch weitere Fragen an den Zeugen zu stellen?

Stefan Großmann: Hat irgend jemand Sie in Ihrer Aussage zu beeinflussen versucht?

Zeuge: Niemals!

Die Vernehmung des Postbeamten B.

Dr. Apfel: Ich bitte dann Herrn B. hier herauf zu kommen. Wie alt sind Sie? (Zeuge: 38 Jahre.) von Beruf? (Zeuge: Postschaffner.) Sie wohnen? (Zeuge: Prinz Handjery Str.) Gehören Sie einer Partei oder einer Gewerkschaft an? (Zeuge: Ich habe nie einer Partei angehört und bin auch gewerkschaftlich nicht organisiert.)

Dr. Apfel: Herr B., was haben Sie mit eigenen Augen in den Maitagen erlebt?

Zeuge: Am 1. Mai stand ich ungefähr um $\frac{1}{8}$ Uhr an meinem Fenster in der Prinz Handjery Str. Da sah ich mit eigenen Augen, wie ein junger Mensch von 15 oder 16 Jahren von einem Polizeibeamten ohne Grund geschlagen wurde. Es kam ein Polizeiauto angefahren, das vor dem Hause Nr. 65 halt machte, die Mannschaft sprang vom Wagen herunter und ohne Grund hieben die Beamten auf diesen jungen Menschen ein. Als der junge Mann den Arm zur Abwehr hoch hob, schlugen sie noch einmal auf ihn ein.

Dann bin ich am 3. Mai zu meinem Kollegen zu Besuch gegangen. Um $\frac{1}{10}$ Uhr kam ich wieder nach Hause zurück. Als ich in der Prinz Handjery Str. 65 angelangt war, stand ein Panzerauto 40 Meter von mir ab. Der ziemlich große Scheinwerfer beleuchtete das ganze Haus und auch ich wurde von dem Scheinwerfer beschienen. Ich trug dabei meine Beamtenuniform, wie jetzt, sodaß man mich deutlich erkennen konnte. Trotzdem wurde völlig ohne Grund auf mich geschossen. Die Kugeln schlugen 5 Meter vor mir in die Mauer ein. Aus dem Panzerwagen wurden Salven von 25 Schuß abgegeben. (Große Bewegung!)

Dr. Apfel: Sind noch weitere Fragen an den Zeugen zu stellen? — Wären Sie bereit, diese Aussagen vor Gericht zu beedigen?

Zeuge: Jawohl, dazu bin ich jederzeit bereit!

Vernehmung des Zeugen Paul P.

Dr. Apfel: Ich bitte Herrn P. hierher zu kommen. Ihr Vorname ist Paul? (Zeuge: Jawohl!) Wie alt sind Sie? (Zeuge: 17 Jahre!) Ihr Beruf? (Zeuge: Friseur!) Sind Sie politisch organisiert? (Zeuge: Nein!) Gewerkschaftlich organisiert? (Zeuge: Nein!) Was haben Sie erlebt?

Zeuge Paul P.: Ich bin am 1. Mai um 8 Uhr abends auf die Straße gegangen. Ich sagte noch zu meiner Mutter: Ich möchte mir ein paar Zigaretten kaufen. In der Herrmannstraße war viel Betrieb. Meiner Mutter war die Zeit, die ich ausblieb, schon zu lang geworden, sie wollte nachsehen, wo ich bliebe und mich zurückholen, damit mir nichts passiere. Ich bin auch gleich wieder nachhause gegangen. Vor dem Hause Prinz Handjery Str. 75 standen eine Anzahl Mieter. Kurz darauf kam meine Mutter und sagte zu mir: Komm herauf! Ich faßte sie unter den Arm und wir wollten wieder in unsere Wohnung gehen. In diesem Augenblick schoß die Polizei auf meine Mutter und sie brach zusammen. Ich sah noch, wie die Polizei blindlings weiter schoß, ungefähr 20 bis 30 Meter von uns entfernt.

Dr. Apfel: Und was geschah mit Ihrer Mutter?

Zeuge: Meine Mutter kam ins Krankenhaus, wurde operiert und starb am Tage darauf.

Dr. Apfel: Hat sich Ihre Mutter irgendwie an den Demonstrationen beteiligt?

Zeuge: Nein, sie war gar nicht auf der Straße.

Dr. Apfel: Hat sie die Haustür gar nicht verlassen?

Zeuge: Nein, sie stand noch in der Haustür, als sie mich holen wollte.

Dr. Apfel: Sind noch weitere Fragen an den Zeugen zu stellen?

Stefan Großmann: Würden von der Polizei Warnungsrufe gegeben ehe sie schoß?

Zeuge: Nein, die Polizei kam von der Hermannstraße angerast und schoß von der linken Seite ohne Warnung nur auf Frauen, denn es standen nur Frauen da.

Stefan Großmann: Sind die Polizeibeamten vielleicht verhetzt oder angegriffen worden?

Zeuge: Das habe ich nicht gesehen.

Stefan Großmann: Haben vielleicht die Personen, die in dem Hausflur standen, auf den geschossen wurde, die Beamten angegriffen?

Zeuge: Nein, ich stand selbst in dem Hausflur und es war keine Bewegung unter den Bewohnern. Die Straße sollte wohl geräumt werden.

Dr. Apfel: Wenn keine weiteren Fragen an den Zeugen sind, kommen wir zur Vernehmung des Stadtarztes Dr. Schminke.

Die Vernehmung des Stadtarztes Dr. Schminke.

Zur Person erklärt Dr. Schminke: Er ist 53 Jahre alt, wohnhaft Tempelhof, ist Stadtrat und Arzt, politisch organisiert in der K. P. D.

Dr. Apfel: Herr Dr. Schminke, welche Erlebnisse haben Sie in jenen Maitagen aus eigener Wahrnehmung gehabt?

Zeuge Stadtrat Dr. Schminke: Ich habe den Leichensezierungen als Arzt beigewohnt, und zwar 17 von 22 der in den Maitagen getöteten Personen. Die Sektionen wurden vorgenommen vom Groß-Sektor der Berliner Krankenhäuser und Gerichtsärzte. Bei den Sektionen waren anwesend Gerichtspersonen und der Vertreter der Staatsanwaltschaft. Sämtliche 17 Personen sind durch Schüsse getötet worden. Vier Sektionen wurden im Leichenschauhause vorgenommen. Von den 4 Toten, welche auf dem Seziertische lagen, waren 2 Krüppel. Dem einen war der Oberschenkel und dem anderen der Fuß halb amputiert. Von diesen 4, welche im Schauhause seziert wurden, hatten drei Tote Schüsse in den Rücken bekommen. Der eine, ein gewisser Gemeinhardt, hatte einen Schuß in die Stirn bekommen und die Kugel war durch das Gehirn gegangen. Es war eine kleine Einschußöffnung, in der Umgebung sah man keine Spuren von Pulver. Die Ausschußöffnung war Handteller-groß. Das Gehirn war vollständig zerquetscht. An der hinteren Seite des Kopfes war ein Stück von den Knochen herausgerissen worden. (Zuruf: Das war Dum-Dum!) Ich fragte den sezierenden Professor, was er glaubte, wodurch dieser Gemeinhardt getötet worden sei und er sagte mir, es sei wahrscheinlich ein Geschöß, welches mit großer Rasanz abgegeben worden wäre, in einer Entfernung von 50—200 Meter. Der andere, der Beinamputierte, hatte einen Schuß in den Rücken bekommen. Der Schuß war durch die Niere und die Leber gegangen und vorne ausgetreten. Die Einschußöffnung war wiederum klein, die Aus-

schußöffnung auch wieder Handteller-groß. Es hingen vorne die Gedärme heraus. Bei der Sektion zeigte sich, daß die rechte Niere zerquetscht war, ebenso waren große Gefäße im Bauch verletzt worden. Der Mann war also an Verblutung gestorben. Auch hier handelt es sich nach Ansicht des sezierenden Professors um ein Geschöß, welches mit großer Rasanz eingedrungen war und eine Querlage angenommen hatte.

Bei einem der Sezierten im Leichenschauhause fand man auch das Geschöß. Das Geschöß war ein Kupfermanteigeschöß mit Bleiinhalt von 7,5 mm Durchmesser. Es handelt sich also um ein Karabinergeschöß, wie es bei der Polizei verwendet wird.

Im Krankenhaus Neukölln wurden 13 Leichen seziert und diesen Sektionen habe ich auch beigewohnt. Dabei war besonders interessant die Sektion des Mackay. Bei ihm war die Kugel handbreit über dem Schambein in den Bauch eingedrungen, war durch den Bauch hindurchgegangen und hatte große Gefäße verletzt, war dann durch das Becken gegangen und hatte dann den Oberschenkel vollständig zertrümmert. Der Tod ist bei ihm eingetreten durch Verblutung infolge Verletzung eines großen Gefäßes.

In Neukölln ist nun bei 4 Leichen ein Geschöß gefunden worden, und zwar wurde bei einer Sektion eines am 1. Mai Gefallenen eine Kugel gefunden von 8,5 mm. Wie einer der sezierenden Herren sagte, handelt es sich bei diesem Geschöß um ein Geschöß aus einer Parabellum-Pistole. Bei den übrigen handelt es sich auch um 7,5 mm Munition. Ein Geschöß hatte sich durch den Aufschlag verändert und hatte schwere Zerreißen der Lunge herbeigeführt. Von den sezierenden Aerzten und den Gerichtsherren wurde allgemein bemerkt, daß die Einschußöffnung doch relativ klein wäre, während die Ausschußöffnung relativ groß wäre. Wir wissen, daß solche Verletzungen im Kriege vielfach auf Dum-Dum-Geschosse zurückgeführt wurden. Solche Verletzungen kommen aber auch vor bei Scheibenmunition. Aber die Herren waren doch der Ansicht, daß bei all den Leuten, bei denen man keine Geschosse gefunden hatte, es sich um Geschosse handelte, die mit einer großen Kraft in einer Entfernung von 300 Metern abgefeuert worden wären und Verletzungen angerichtet hatten, wie sie hervorgerufen werden durch Kriegsmunition.

Ich möchte noch bemerken, daß in keinem Falle festgestellt worden ist — ich habe mich dieserhalb besonders bei den Ärzten erkundigt — daß ein Geschöß gefunden worden wäre, welches nicht den erwähnten Geschößgrößen entspricht. Es ist niemals ein anderes Geschöß gefunden worden, welches nicht aus einem Karabiner oder aus einer Parabellum-Pistole stammt.

Dr. Apfel: Können Sie uns etwas darüber sagen und waren Sie in der Lage, Beobachtungen zu machen, ob die Mehrheit der Schüsse von vorne oder hinten eingedrungen war?

Dr. Schminke: Die Mehrzahl der Schüsse war von hinten oder von der Seite eingedrungen. Die beiden Frauen, welche erschossen waren, waren dadurch getötet worden, daß der Schuß bei der einen Frau in die Schulter der Frau hineingegangen war, dann durch die Brust gegangen war und dann in die Brust der zweiten Frau hineinging, sodaß dadurch zwei Frauen mit einem Schuß getötet wurden. (Lebhafte Bewegung!)

Stefan Großmann: Ich möchte folgendes fragen: Vor mir liegt ein Aufsatz des Herrn Polizeikommandeurs Heimannsberg, erschienen in der

„Zeitschrift für das Polizeiwesen“ am 20. Mai. Da schreibt Herr Heimannsberg: „Zum mindesten bei einer der beiden auf einem Balkon tot befundenen Frauen scheint als Ergebnis der Obduktion festzustehen, daß sie kommunistischen Dachschießen zum Opfer gefallen sind.“ Sie haben dieser Obduktion beigewohnt, was meinen Sie darüber?

Dr. Schminke: Ich sagte ja eben, daß bei diesen beiden Frauen keine Kugeln gefunden wurden, sondern daß die Frauen durch eine einzige Kugel getötet wurden, weil sie nebeneinander standen. Es ist kein Grund vorhanden, anzunehmen, daß es nicht etwa ein Polizeigeschoß gewesen wäre, zumal ich weiß, daß in der Hermannstraße mehrere Leute erschossen wurden.

Stefan Großmann: In dem Aufsatz des Herrn Heimannsberg heißt es dann weiter: „Von den 23 Toten hat ein Teil der Polizei in offenem Kampfe gegenüber gestanden; sie haben sich ihr Schicksal selbst zuzuschreiben.“ Würden Sie, Herr Dr. Schminke, nach ihren Eindrücken von den Sezierungen glauben, daß sich unter diesen Opfern solche finden, die der Polizei in offenem Kampfe gegenüber gestanden hätten?

Dr. Schminke: Es war auch wohl ein Getöteter darunter, der einen Schuß von vorne bekommen hatte. Natürlich ist es unmöglich, zu sagen, ob er im Kampfe der Polizei gegenüber gestanden hat. Das ist aber wohl kaum anzunehmen, denn dann hätte der Staatsanwalt sich dieses Falles besonders annehmen müssen, und hätte auch Klage erheben müssen gegen Personen, die in der Nähe des Getöteten gestanden hatten. Aber aus der Aeußerung der sezierenden Herren ging hervor, daß eine Anklage nicht zu erheben wäre.

Dr. Apfel: Waren die Obduktionen, von denen Sie uns berichtet haben, amtlich?

Dr. Schminke: Jawohl, es waren Obduktionen, bei denen Gerichtspersonen anwesend waren.

Dr. Apfel: Wo sind die Protokolle darüber niedergelegt?

Dr. Schminke: Beim Amtsgericht Neukölln.

Abgeordneter Geschke: In der Rede des Preuß. Innenministers Grzesinski, in der Sitzung am 13. Mai des Preuß. Landtages wird behauptet, ein großer Teil der Tötungen ist auf Schüsse zurückzuführen, die von den Häusern und Dächern abgegeben worden sind. — Ich frage den Zeugen, ob durch den Schußkanal bei der Sezierung nicht festgestellt werden konnte und wurde, ob der Schuß von oben nach unten durch den Körper ging, oder ob er in ungefähr gleicher Höhe verlief?

Dr. Schminke: Der Schußkanal verlief in wagerechter Höhe. Solche Schüsse, wie sie hier von Herrn Geschke erwähnt werden, habe ich bei keiner der Sektionen gesehen.

Abg. Geschke: In derselben Rede desselben Mannes, derselben Sitzung steht zu lesen, „Die Obduktionsbefunde erweisen vielmehr, daß ein erheblicher Teil der Getöteten den Tod nicht durch Polizeigeschosse gefunden hat.“ Wie verhält sich das?

Dr. Schminke: Nach dem Sektionsbefund kann man ja doch nicht mit Sicherheit sagen, wodurch die Menschen getötet worden sind, bei denen man keine Geschosse gefunden hat, obwohl der Umstand, daß der Einschuß klein und der Ausschuß groß ist, darauf hindeutet, daß es sich um kriegsmäßige Munition handelt. Und im allgemeinen haben Zivilisten nicht solche

Schusswaffen, die solche Verletzungen herbeiführen. Jedenfalls möchte ich nochmals feststellen, daß in keinem Falle, bei allen 17 Sektionen, ein anderes Geschosß gefunden worden ist, als die Geschosse, wie sie von der Polizei benutzt werden.

Stefan Großmann: Gerade angesichts der großen Bedeutung Ihrer Aeußerungen möchte ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, Ihre Aussagen vor Gericht zu beedigen?

Dr. Schminke: Jawohl!

Stefan Großmann: Niemand hat auch auf Ihre Aeußerungen irgendwelchen Einfluß genommen?

Dr. Schminke: Nein.

Stefan Großmann: Sie würden auch, wenn Sie nicht von der Richtigkeit Ihrer Aussagen überzeugt wären, hier nicht stehen?

Dr. Schminke: Sicher nicht!

Dr. Apfel: Jetzt frage ich an, ob folgende Zeugen anwesend sind: Frau O.? (Zuruf: Ja!) Herr G.? (Zuruf: Ja!) Herr B.? (Zuruf: Ja!) Herr Friedländer? (Zuruf: Ja!) Herr R.? (Zuruf: Ja!) Herr Bl.? (Zuruf: Ja!) Herr S.? (Zuruf: Ja!) Herr Gr.? (Zuruf: Ja!)

Die Vernehmung der Zeugin Frau O.

Dr. Apfel: Frau O., Sie wohnen? (Zeugin: Steinmetzstr.) Sind Sie verheiratet? (Zeugin: Ich bin Witwe.) Gehören Sie einer politischen Partei an? (Zeugin: Nein!) Sympathisieren Sie mit einer bestimmten politischen Partei? (Zeugin: Ich habe viel Sympathie für die Kommunisten, aber der Partei gehöre ich nicht an.)

Aus welchem Grunde sind Sie als Zeugin gekommen?

Zeugin: Ich habe mich als Zeugin gemeldet, weil zwei Herren bei uns im Hause waren, die sich erkundigt haben, wie der Walter Barth erschossen wurde. Ich habe einen kranken Sohn, der bei mir zuhause lag. Unsere Fenster waren den ganzen Tag unter Schuß. Ich sah wie ein junger Mann aus einer Gastwirtschaft herauskam und als er kaum einen Schritt gemacht hatte, bekommt er eine Kugel und ist daran gestorben. Ich konnte nicht hinuntergehen, weil ich krank war. **Wir hatten nicht eine Stunde vor der Polizei Ruhe.** Sie haben ja selbst dann geschossen, wenn man zum Einholen heruntergegangen ist. An einem Morgen war die Straße um 8 Uhr frei, ich ging zum Bäcker einholen, als ich zurückkomme, kommt mit einem Male ein Auto mit Sipo und hätte mich der Kaufmann nicht in seinen Laden hineingelassen, wäre ich erschossen worden. Ich sagte den Beamten, ich hätte oben einen kranken Sohn liegen, zu dem ich zurück müßte. 4 Polizisten haben mich dann aber begleitet und haben fortgesetzt das Gewehr auf mich gehalten. — Der junge Mann der da erschossen worden ist, hatte nichts getan, er ist ganz unglücklich und unschuldig erschossen worden. Der junge Mann wurde dann fortgebracht.

Dr. Apfel: Sind noch Fragen an die Zeugin? — Das ist nicht der Fall, dann danke ich der Zeugin.

Die Vernehmung des Zeugen Bl.

Zur Person erklärt der Zeuge, daß er 19 Jahre alt, von Beruf Gärtner ist und in der Waldowstraße wohnt.

Dr. Apfel: Haben Sie selbst etwas von den Vorgängen in den Maitagen gesehen?

Zeuge: Ich bin selbst davon betroffen worden. Ich bin vormittags am 1. Mai mit meinem Rad spazieren gefahren. Auf dem Rückwege bin ich von der Jostystraße nach der Linienstraße gefahren. Es war kurz vor 3 Uhr. Ich kam die Linienstraße aus der Richtung Prenzlauerstraße. Zu der Zeit war die Linienstraße leer. Wie ich hinter der Volksbühne herauskomme, sehe ich, wie vier Beamte auf einen jungen Menschen einhauen, sonst war der Platz leer. Die Beamten waren mitten auf dem Platz weil vorne viele Menschen waren, biege ich in eine andere Straße ein. Wie ich mitten in der Straße bin, vor dem Hause Nr. 6, fielen mehrere Schüsse. Ich wurde auch davon getroffen, mein Arm sank herab. Es war ein Steckschuß. Ich fühlte sofort die Kugel, sie saß dicht unter der Haut. Gewarnt waren wir von der Polizei nicht, ich habe nichts gehört. Die Straße war ja auch leer, es war also auch gar kein Grund für die Polizei, zu schießen. Samariter brachten mich dann zu dem Arzt Dr. Friedländer. Mein Zeug war voller Blut. Dr. Friedländer bestellte sofort einen Rettungswagen und in einer weiteren Viertelstunde war ich schon im Krankenhaus Friedrichshain. In demselben Rettungswagen war auch ein junger Mann, dem der Oberarm durchgeschossen war und ein älterer Herr, der einen Steckschuß im Oberschenkel hatte. Vom ersten bis 17. Mai war ich im Krankenhaus.

Dr. Apfel: Habe ich Sie richtig verstanden, daß es sich bei Ihnen um einen Schuß von hinten gehandelt hat?

Zeuge: Jawohl, hier hinten (er zeigt auf die rechte Schulter) ist der Schuß hineingegangen.

Es meldet sich nunmehr der Vater des jungen Bl., der an der Aussage seines Sohnes noch etwas ergänzen will.

Zeuge Bl. (Vater): Ich möchte noch die Aussagen meines Sohnes dahingehend ergänzen, daß ich Strafantrag gegen die Polizei gestellt habe. Wenn ich auch bemerkt habe, daß die Polizei in allen Fällen auf Anzeigen nicht reagiert hat, so hat sie in diesem Fall ein sehr merkwürdiges Interesse gezeigt. Am vergangenen Freitag wurde meinem Sohn die Kugel entfernt, und am Sonnabend wollte die Polizei die Kugel beschlagnahmen. Ich habe aber erklärt: die Kugel gehört mir. Darauf ging der Beamte zu Drohungen über, er sagte, in 2 bis 3 Tagen wird eine Verordnung herkommen, daß ich die Kugel herausgeben müsse. Am Dienstag kam der Beamte wieder und sagte: „nun müssen Sie die Kugel doch herausgeben“. Ich wehrte mich dagegen natürlich, denn ich wollte die Vertuschungsmanöver der Polizei nicht mitmachen. Ich werde die Kugel nicht aus meinen Händen geben, damit die Polizei die Beweisstücke nicht beseitigen kann, um dann zu versuchen, die Aufmerksamkeit auf Dachschützen usw. abzulenken.

Stefan Großmann: Waren in der betreffenden Stunde besondere Unruhen in der Linienstraße?

Zeuge Bl. (Sohn) Der Bülowplatz war ziemlich von Menschen angefüllt und als die vier Beamten auf den einen jungen Menschen einhieben, als die 4 Blauen auf dem einen Menschen lagen, ertönten wohl von vorne Rufe „Bluthunde“, aber in der Koblanckstraße war es ganz leer.

Stefan Großmann: Haben Sie in den Händen der Leute Waffen gesehen, oder hat irgend jemand aus der Menge einen Schuß abgegeben?

Zeuge: Nein.

Prof. Goldschmidt: Haben Sie oder Ihr Vater Antrag auf Entschädigung gestellt und erhalten?

Zeuge: Der Antrag ist zwar gestellt, aber erhalten haben wir noch keine Entschädigung. Es war ein Beamter bei uns, der sich die Sachen vorlegen ließ, der auch gesagt hat, daß wir sie ersetzt erhalten werden; aber bis jetzt haben wir noch nichts bekommen.

Die Vernehmung des Zeugen Br.

Zur Person bemerkt der Zeuge Br., daß er 43 Jahre alt ist, von Beruf Chauffeur, Borsigstraße wohnt, und einer politischen Organisation nicht angehört.

Dr. Apfel: Können Sie sich über Ihre Erlebnisse am 1. Mai hier äußern?

Zeuge Br.: Jawohl, am 1. Mai, vormittags 11 Uhr kam ich zum Oranienburger Tor an der Ecke der Großen Hamburger Str. Ich wußte von nichts, daß dort Ansammlungen waren, habe auch nichts davon gesehen. Mit einem Mal hörte ich 4 Schüsse fallen. Ich stellte mich gegenüber dem großen Hause am Monbijouplatz und beobachtete, daß 3 Grüne auf der Straße standen. Von einem der Schüsse, die von den Grünen abgegeben wurden, sah ich noch den Feuerstrahl. Ich sah auch, wie die Grünen auf einen Mann losstürzten und wie der eine Grüne den Fuß nahm und nach dem Mann stieß, der am Boden lag. Ich kann nicht behaupten, da ich nur den Fuß gesehen habe, daß der Grüne den Mann gestoßen hat, ich nehme das aber an. Darauf kamen die Grünen die Große Hamburger Str. entlang in Richtung auf die Oranienburger Str. Ich stellte mich in die Kleine Präsidentenstraße und beobachtete dort. Dort stand ein Herr mit einem Photographenapparat, ein junger Mensch von 24 Jahren. Einer der Schupos fragte den Mann, ob er als Privatmann, als Polizei oder als Presse photographiere. Als der Mann erklärte, daß er Privatmann sei, sagte ihm der Grüne im barschen Ton: „Wenn ich nochmals hierher komme und Sie sind nicht fort, dann wissen Sie, was Ihnen bevorsteht.“ Darauf wollte ich mich zurückziehen. In dem Augenblick kamen zwei junge Leute die Straße entlang, die eine rote Blume im Knopfloch hatten. Der Schupo stürzte wie wild auf den Mann los, hieb auf ihn ein, der zu Boden gestürzt war und fortwährend schrie: Was habe ich denn getan. Als er sich halb aufgerichtet hatte, kam ein zweiter Grüner und schlug ihn wieder zu Boden. Ein Zivilist wollte ihn aufheben, der wurde aber auch nur zu Boden geschlagen.

Dr. Apfel: Sind noch weitere Fragen an den Zeugen? — Das ist nicht der Fall.

Die Vernehmung des Arztes Dr. Friedländer.

Dr. Leo Friedländer ist Arzt, 34 Jahre alt, wohnt Linienstr. 224 am Bülowplatz.

Dr. Apfel: Wollen Sie uns bitte berichten, was Sie sowohl als Zeuge, als auch als Arzt in den Maitagen erlebt haben.

Zeuge Dr. Friedländer: Am 1. Mai vormittags gegen ½11 Uhr kam ich zum Hackeschen Markt. Es waren dort sehr wenige Menschen, das Blickfeld wurde vollständig eingenommen von einer großen Anzahl von Sipos unter Offiziersführung, die hin und herliefen und große Geschäftigkeit an den Tag legten. Gegen ½12 Uhr war dann allerdings der Hackesche

Markt etwas stärker gefüllt und die Sipo, die dort postiert war in Stärke von 60-80 Mann stürzte sich dauernd wie wild auf die dort gehenden Menschen, um sie auseinanderzuschlagen. Aus der Richtung Oranienburger Straße kam singend ein kleiner Zug von Menschen. Es kam dabei zu Zwischenfällen, die Polizei stürzte sich auf diesen Zug, um ihn auseinanderzuschlagen. Gegenüber von Aschinger stand ein einzelner Sipo, ringsum entblößt von Menschen (Heiterkeit!) Er zog aber nichts destoweniger den Revolver, scheinbar um sich damit mehr Mut zu machen. Er lief dann, als sich gegenüber der Post die Dinge mehr zugespitzt hatten, weil dort der Demonstrationszug aus der Gewerkschaftsversammlung ankam, dorthin zu seinen Kameraden, er fühlte sich allein wohl zu unsicher. Hier zogen jetzt sämtliche Sipos die Revolver und schossen, ohne irgendwie bedroht zu sein, in die Menschenmenge hinein. Es fielen die ersten 4 Verwundeten, die ich zum Teil selbst versorgt habe. Der eine hatte einen Rückenschuß, die Kugel saß unter dem Adamsapfel und war nicht herausgekommen, war also vom Rücken her gerade durchgegangen. Ich mußte dann in meine Wohnung, wo bereits Verwundete eingeliefert waren, die auf ärztliche Versorgung warteten.

Von meiner Wohnung aus hatte man einen glänzenden Ueberblick über den ganzen Bülowplatz bis zur Volksbühne hinüber. Was sich den Tag über dort abspielte, spottet jeder Beschreibung. Ich werde nur einen Teil dessen vorlesen, was an Verwundeten oder Zerschlagenen zu mir gebracht wurde. Das waren: Ein Oberarmsteckschuß, Oberschenkelsteckschuß, ein Schüler, der mörderisch zerschlagen worden ist, ein Turnlehrer, der zur Schule wollte, um den Turnunterricht für seine Klasse abzuhalten, wurde auf dem Alexanderplatz derartig mörderisch zerschlagen, daß er sofort nach Hause mußte, weil er eine kleine Gehirnerschütterung bekommen hatte; er konnte den Unterricht natürlich nicht wahrnehmen. Dann: ein Mann mit einem Schlag auf den Hinterkopf; Schlag auf Hinterkopf und Oberschenkel, der Mann muß auf der Erde gelegen haben; ein Schlag ins Gesicht; Schlag auf Kopf und linke Hand; Schlag auf rechten Unterschenkel; Schlag auf Hinterkopf; eine Frau, die von der Sipo überrannt und hingeworfen wurde; Schlag über der linken Kopfseite; Verletzung der linken Stirnseite; Verletzung durch Schlag ins Gesicht; drei Schläge über Kopf und Schulter; Schlag über die linke Bauchseite; Schlag über den linken Arm, Schulter und Rücken; dann ein ganz eklatanter Fall, der die ungeheure Roheit der Polizei an diesem Tage zeigte: es kam ein älterer Mann, geboren im Jahre 1883 mit seiner Frau über die Straße. In diesem Augenblick bog ein Lastauto mit Sipo mit heruntergelassenen Seitenwänden um die Ecke. Als das Auto an dem Mann vorbeikam, stieß ein Sipo mit dem Fuß vom Wagen herunter und diesem alten Mann derartig in die Seite, daß er mir glatt heraufgebracht werden mußte und eine Viertelstunde bei mir lag, ehe er weitergehen konnte.

Dann wurde mir eingeliefert ein Mann mit einer Verletzung am Kinn; Schlag über linken Oberarm; Schläge über Arm und Rücken; Schläge über die Lungengegend; Schläge auf Hinterkopf und rechte Hand; Verletzung am linken Unterarm; Schläge auf Kopf; Schlag auf rechte Ohrmuschel, die aufgeplatzt ist; Schlag auf rechten Unterarm; Schlag auf den Kopf, sodaß die Kopfhaut aufgeplatzt war mit Gehirnerschütterung; Gummiknüppelschlag

über Kopf, Augen und Nase; Schlag über linke Hand, wahrscheinlich ein Bruch.

Ich muß noch eine Wahrnehmung, die ich gemacht habe, und die allgemein aufgefallen war, berichten. Die Dinge verliefen so: Wir beobachteten von unserem Fenster, daß die Sipo plötzlich über den Bülowplatz gelaufen kam, und daß, obwohl wenigstens in 80 bis 100 Metern Entfernung kein Mensch in Umgebung war, die Beamten im Laufenden die Revolver zogen und vom Bülowplatz in die Koblanckstraße schossen. Die Folge war, daß mir 5 Minuten später ein 16 jähriges Mädchen gebracht wurde mit einem Oberschenkelchuß; sie kam mit ihren Eltern die Straße entlang als sie verwundet wurde.

Das sind so die wichtigsten Dinge, die ich hier berichten könnte.

Stefan Großmann: Herr Dr. Friedländer, Ihre Aussage ist uns wichtig und deshalb möchte ich Sie noch fragen: Haben Sie bewaffnete Arbeiter gesehen?

Zeuge Dr. Friedländer: Nein, nicht einen einzigen. Es sind außerordentlich viele Arbeiter zu mir gebracht worden, aber nicht einer von ihnen hatte auch nur einen Stock bei sich.

Dr. Apfel: Hatten Sie den Eindruck, daß die Verwundungen, über die sich Herr Heimannsberg äußert, in offenem Kampfe beigebracht sind oder daß es sich um vollkommen unparteiische Opfer handelt.

Dr. Friedländer: Nur Unparteiische waren die Opfer. Und eines kann ich bestimmt behaupten, daß nämlich am Bülowplatz ausschließlich die Polizei geschossen hat, und daß die Arbeiterschaft oder die Massen überhaupt nicht daran gedacht haben, irgendwie mit einer Waffe oder mit waffenähnlichen Dingen gegen die Polizei anzugehen.

Stefan Großmann: Herr Heimannsberg spricht fortwährend von Dachschrützen; ist Ihnen eine Verwundung durch einen solchen Dachschrützen unter Ihre Hände gekommen?

Dr. Friedländer: Nicht eine einzige. Ich hatte eine Zeitlang einen Stiefel, der das ganz eklatant zeigte. Der Stiefel hatte den Einschuß an der Sohle und den Ausschuß an der Kappe. Das Geschos war durch die erste und zweite Zehe hindurchgegangen und hatte die zweite Zehe verwundet. Hier habe ich eine Kugel, die jetzt vor einigen Tagen erst einem Verwundeten aus der oberen Schultergrube herausgeholt wurde; der Einschuß war auf dem Rücken, der Schuß war durch das Schulterblatt hindurchgegangen und die Kugel war dann oben stecken geblieben.

Stefan Großmann: Haben Sie unter den Aeußerungen der Verwundeten irgendeine Aeußerung gehört, die sich darauf bezogen hat, daß die Leute im offenen Kampfe standen?

Dr. Friedländer: Darauf kann ich folgendes antworten: Nach ½11 Uhr, als schon alles ruhig war, der Bülowplatz aber noch abgesperrt war, wurde mir ein Mann gebracht, den die Polizei vollkommen zerschlagen hatte. Er war in furchtbarer Wut, daß ihm als älteren Menschen solche dummen Jungens derartig mitspielen könnten. Er sagte in seiner Aufregung noch: „Ich gehe ja noch einmal hin, das lasse ich mir nicht gefallen.“ Ich habe ihn davon natürlich abgehalten, aber ich glaube, wenn man so spricht, dann hat man alles andere im Sinn als sich mit Gewalt gegen die Polizei zur Wehr zu setzen.

Dr. Apfel: Ich schlage vor, daß wir aus dieser Kategorie der Zeugen,

weil die Zeit drängt, nur noch einen Zeugen vernehmen. Und zwar frage ich ob Herr S. jr. anwesend ist? (Zuruf: Ja.)

Die Vernehmung des Zeugen S.

Zur Person erklärt der Zeuge, daß er 27 Jahre alt, von Beruf Schlosser und politisch in der Kommunistischen Partei organisiert ist. Er wohnt Utrechter Str.

Dr. Apfel: Haben Sie aus eigener Wahrnehmung in den Maitagen etwas erlebt?

Zeuge: Jawohl, am 1. Mai gegen ½10 Uhr abends verließ ich mit meinem Schwager in Begleitung meines Vaters die Wohnung, um meine Mutter, die verweist war, am Bahnhof zu erwarten. Wir kamen an den Nettelbeckplatz und zwar an die Ecke der Pasewalker und Gerichtstraße. Ich betone, daß der Nettelbeckplatz vollkommen leer war, nur einzelne Passanten kreuzten den Platz. Daraufhin, um nach dem Bahnhof zu gelangen, machte ich den Vorschlag, einzeln den Platz zu überqueren, um der Polizei, die zahlreich auf dem Nettelbeckplatz postiert war, keine Veranlassung zum Schießen zu geben, da man evtl. uns drei Personen schon als eine Demonstration betrachten konnte. (Heiterkeit!) Ich war als erster über den Nettelbeckplatz geschritten und zwar bis zur Mitte der Gerichtstraße und Pasewalker Straße. Von der Lindower Straße aus, aus zirka 120 bis 150 Meter Entfernung, hörte ich plötzlich den Ruf eines Beamten: gehen Sie von der Ecke weg, es wird geschossen. Kurz darauf ertönte auch schon der erste Schuß und das wiederholte sich noch dreimal. Ich betone, das zwischen der Warnung und dem ersten Schuß die Zeit derartig kurz war, daß man sich nicht einmal umdrehen, geschweige denn entfernen konnte. Von einem dieser drei Schüsse brach mein Schwager, schwer verwundet getroffen, zusammen. Auf die Hilferufe meines Vaters eilte ich zurück und ein Auto brachte meinen Schwager dann in das Krankenhaus. Das wären zunächst meine Wahrnehmungen am 1. Mai.

Es ist nun schon in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen worden, daß verschiedentlich die Polizei Ermittlungen angestellt hat. Auch wir haben auf Grund des Tumultschädengesetzes Klage erhoben. Ich persönlich bin als Zeuge am Montag vernommen worden und es zeigte sich hier eine eigenartige Taktik der Polizei, die ich hier vor aller Öffentlichkeit kennzeichnen möchte. Ich wurde vernommen und ich gab zu Protokoll den geschilderten Sachverhalt, daß der Beamte dort von der Ecke sofort geschossen hatte, nachdem er den Warnungsruf gegeben hatte, ohne daß die Zeit gewesen wäre, sich entfernen zu können. Darauf wurde mir von dem vernehmenden Beamten vorgehalten: „Sie können gar nicht gesehen haben, daß der Beamte Ihren Schwager erschossen hat.“ Ich habe darauf erklärt, daß, wenn ich dreimal Mündungsfeuer sehe, und sehe, wie mein Schwager umfällt, so steht doch wohl fest, daß wenn sonst kein Schuß in der Nähe gehört worden ist, mein Schwager von dieser Kugel erschossen sein muß. Der Beamte machte den Versuch, mir das zu widerlegen, als ich aber trotzdem bei meiner Wahrnehmung blieb und ihm sagte, daß ich bereit wäre, diese Aussage zu beedigen, wurde mir erklärt: Wir haben ein Protokoll hier, aus dem hervorgeht, daß um dieselbe Zeit aus der Pasewalker Straße von Zivilisten geschossen wurde und wenn Sie bei Ihrer Aussage bleiben, muß

ich sagen, daß Sie selbst sich an den Schießereien in der Pasewalker Straße beteiligt haben.

Ich habe trotz dieser versuchten Drohung klar und fest zu meinen Ausführungen gestanden. Und der Beamte hat sich darauf genötigt gesehen, da ich nichts anderes unterschreiben wollte als das, was ich gesehen hatte, das Protokoll dahin zu ändern.

Stefan Großmann: Herr S., Ihre Ausführungen sind uns sehr wertvoll, Sie sind Kommunist; sind Sie bewaffnet gewesen? Oder haben Sie unter Ihren Freunden und Genossen einen bewaffneten Mann gesehen?

Zeuge: Nein!

Stefan Großmann: Sind Sie darüber unterrichtet gewesen, daß es bewaffnete Leute gegeben hat?

Zeuge: Ich kann darauf nur sagen, daß aus den öffentlichen Weisungen meiner Partei wohl jeder gelesen haben kann, daß unbewaffnet demonstriert würde und aus meinem näheren Genossenkreise kann ich mich nicht entsinnen, auch nur von einem Genossen gehört oder die Auffassung vertreten gefunden zu haben, daß man sich persönlich zum 1. Mai bewaffnen solle.

* *

Dr. Apfel: Verehrte Versammlung! Da wir gleich mit den Vernehmungen des Ursachenkomplexes beginnen wollen, teile ich den Zeugen mit, daß die Zeugenvernehmungen am morgigen Abend um 7 Uhr in den Pharus-Sälen fortgesetzt werden, und daß entsprechend der Ankündigung des Herrn Großmann der Versuch gemacht werden soll, sämtliche Zeugen, die sich bei uns gemeldet haben, in den verschiedenen Stadtteilen Berlins vernehmen zu lassen. Ich fordere hierdurch ausdrücklich auf, daß alle diejenigen, die Bekundungen machen wollen, sich beim Ausschuß zur Untersuchung der Maitagsgänge melden und insbesondere die hier gehört worden sind, objektiv Unrichtiges oder vielleicht Gefärbtes — selbstverständlich unbewußt — gesagt haben, sich bei uns zu melden, damit wir sie öffentlich vernehmen können. Sollte ein Zeuge heute Abend eine krasse Unrichtigkeit nach Ansicht eines der Teilnehmer dieser Versammlung gesagt haben, so würde ich bitten, daß er sich meldet. Ich würde dann bitten, mir zu gestatten, diese Zeugen noch zu vernehmen.

Als Mitglied der sogenannten Feststellungskommission teile ich Ihnen mit, daß wir auf Grund der 300 Zuschriften und Zeugenaussagen zu 16 Feststellungen gekommen sind. Die Zeit würde nicht ausreichen, um diese sämtlichen 16 Feststellungen vorzulesen. Sie werden aber öffentlich unterbreitet werden. Ich will mich im Hinblick auf die notwendige Konzentration des Abends darauf beschränken; fünf Feststellungen, zu denen wir einstimmig gelangt sind, hier zu unterbreiten.

Besonders auffallend ist das sinnlose Kesseltreiben und Umherjagen der Menschen, die nicht fortkommen konnten, weil entweder die Ausgänge der Plätze besetzt waren, oder weil die eine Schupogruppe die Menschen einer anderen Schupogruppe in die Arme trieb, und die Menge schließlich gezwungen war in Hausflure zu flüchten. Festzustellen ist, anscheinend als Ausfluß der Furcht vor Angriffen aus Haustoren, das Schießen auf die Fenster.

Meine Damen und Herren! Hiermit bin ich für heute Abend am Abschluß meiner Tätigkeit. Ich möchte noch einmal sagen: mögen diejenigen

jetzt auftreten, die in der Lage sind, durch Gegenmaterial etwas anderes zu beweisen, als was wir festgestellt, und Ihnen unterbreitet haben! Erst wenn es ihnen gelingt, nachzuweisen, daß unsere Arbeiten mit den historischen Tatsachen nicht vereinbar sind, werde ich vor die Öffentlichkeit treten und ihr davon Mitteilung machen.

Stefan Großmann: Herr Dr. Apfel, ich möchte noch eine Frage an Sie richten!

Wir haben, obwohl ein Schnellgericht eingesetzt wurde, nur von ganz wenigen Verhandlungen vor diesem Schnellgericht gehört. Da Herr Heimannsberg behauptet, eine sehr erhebliche Anzahl von Prozessen stehe noch bevor, so wären wir Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie uns etwas über den Stand dieser Dinge mitteilen könnten.

Dr. Apfel: Herr Präsident, ich bin natürlich in privater Eigenschaft nicht in der Lage, zu sagen, wieviele Verfahren eingeleitet worden sind, da ich nicht Verteidiger in sämtlichen Verfahren bin. Soweit ich aber unterrichtet bin, sind alle meine Kollegen hierher eingeladen und auch im Saale anwesend. Nach meiner Schätzung — ich bitte aber, betonen zu dürfen, daß es sich nur um eine Schätzung handelt — sind allerdings zwei Dutzend Verfahren an den einzelnen Schöffengerichten eingeleitet worden. Und damit ist für die Verteidigung nicht möglich, den ganzen Komplex der Maivorgänge in diesen Verfahren aufzurollen. Aufgefallen ist mir eines: anscheinend wird durch Vermittlung der Staatsanwaltschaft auf die Gerichte ein unzulässiger Druck dahin ausgeübt, daß diese Verfahren möglichst schnell erledigt werden sollen, und daß die Prozesse auch auf den Terminzetteln so verschwinden, daß sie weiter kein Aufsehen erregen. Ich könnte hierzu eine Reihe von Beispielen geben, möchte mir das aber versagen mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit, aber aufgefallen ist mir vor einigen Tagen, daß ein sonst außerordentlich objektiver und ein auch dem Standpunkt des Gegners gerecht werdender Staatsanwalt in einem Prozeß gegen kommunistische Redakteure ohne weiteres als wahr unterstellte, daß das ganze Unheil dieser Tage angerichtet worden sei von der Kommunistischen Partei. Es war ihm nicht aufgegangen, daß man scharf scheiden müsse zwischen den Vorgängen vom 1. Mai und denen, nach dem 1. Mai, wobei ich es menschlich verständlich finden könnte, daß die Polizei durch Ueberanstrengung im Dienst oder auch durch übertriebene Hetze etwas nervös geworden ist. Der Staatsanwaltschaft war aber nicht bekannt, daß sich die eigentlichen blutigen Vorgänge in den Tagen des 2. 3., 4. und 5. Mai abgespielt haben, wo überhaupt an irgendwelche Demonstrationen meines Wissens nach von keiner Seite gedacht worden ist.

Stefan Großmann: Ich danke Ihnen für die Ausführungen. Es ist für uns wichtig, festzustellen, daß nur eine verschwindende Anzahl von Prozessen stattgefunden hat und auch nur eine verschwindende Anzahl von Prozessen noch bevorsteht. Wir haben heute den 6. Juni; es sind Wochen vergangen, ein Schnellgericht ist eingesetzt worden und es scheint, daß dieses Schnellgericht außerordentlich langsam arbeitet, und daß die furchtbaren Verbrechen, von denen Oberst Heimannsberg spricht, bis heute nicht zu Ohren der Staatsanwaltschaft gekommen sind.

Damit schließen wir den Teil der Vernehmungen, der sich mit den tatsächlichen Vorgängen beschäftigt. Ich möchte nun Herrn Prof. Goldschmidt bitten, sich über den Ursachenkomplex auszulassen.

Der Bericht der Ursachen-Kommission.

Prof. Alfons Goldschmidt:

Verehrte Anwesende! Die sogenannte Ursachen-Kommission, d. h. die Kommission des Mai-Ausschusses zur Untersuchung der Ursachen, die zu den Maivorgängen geführt haben, hat mich beauftragt, das Resultat ihrer Untersuchungen heute hier vorzulegen und einige Vernehmungen vorzunehmen. Ich will, bevor ich das, was dokumentarisch vorliegt, Ihnen unterbreite, eine, wie uns scheint, sehr wichtige Persönlichkeit aufrufen, damit nicht der Eindruck entstehen könnte, als ob irgend etwas von den Feststellungen an dieser zu vernehmenden Persönlichkeit haften geblieben wäre. Es ist dies der Vorsitzende des Bezirksverbandes der Kommunistischen Partei, Herr Wilhelm Pieck. — Ich bitte Herrn Pieck hierher zu kommen.

Die Vernehmung des Vorsitzenden des Bezirksverbandes
Berlin-Brandenburg der K. P. D., Wilhelm Pieck.

Prof. Goldschmidt: Herr Pieck, Sie sind der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei Deutschlands? (Pieck: Ja!) Nun, die Kommunistische Partei steht ja im Zentrum dieser Erörterungen und ich möchte Sie fragen — denn das ist außerordentlich wichtig für die Feststellung der Ursachen — ob Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender dieses Verbandes etwas darüber wissen, ob die Behauptungen, die der Herr Polizeipräsident in dem bekannten Artikel des Berl. Tageblattes vom 2. Mai und in seiner amtlichen Kundgebung vom 28. April gesagt hat: ob diese Behauptungen zu Recht bestehen oder wie Sie sich sonst dazu äußern können.

Herr Zörgiebel sagt hier:

„Wir haben es ja schon bei der Maifeier im vorigen Jahre erlebt, daß die Kommunisten den Sinn der Maifeier darin erblickten, die Feiern der übrigen freigewerkschaftlichen Arbeiter zu überfallen und zu stören und blutige Zusammenstöße heraufzubeschwören. Diese Ueberfälle und Zusammenstöße hätten sich in diesem Jahre zweifellos noch verstärkt, und die Kommunisten hätten ihr Ziel, blutige Unruhen herbeizuführen, noch leichter erreicht.“

Dann heißt es in der amtlichen Kundgebung:

„Nun soll nach dem Willen der Kommunisten am 1. Mai in den Straßen Berlins Blut fließen, das aber darf nicht sein.“

Im Zusammenhang damit möchte ich Sie nun noch fragen, ob die Behauptung des Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, des Herrn Künstler, auf Wahrheit beruht, daß in einer Versammlung der Kommunistischen Partei 200 Tote für den 1. Mai gefordert worden wären. Wie verhält es sich damit?

Wilhelm Pieck: Es wird von der Sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Ministern und Polizeipräsidenten der Versuch unternommen, die Blutschuld des 1. Mai von sich auf die Kommunistische Partei abzuwälzen. Ich stelle in meiner Eigenschaft als Leiter des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei fest, daß für die Kommunistische Partei, sowohl für den Bezirk als auch für das Zentralkomitee der Partei eine Aufgabe gestellt war: entsprechend der 40jährigen Tradition der internationalen revolutionären Bewegung auch in

diesem Jahre am 1. Mai in Berlin eine Straßendemonstration für die Forderungen des Proletariats zu unternehmen. Wir hielten besonders in diesem Jahre diese Demonstration für notwendig, weil allzu offen die ungeheure Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges ist. Andererseits standen die Forderungen des Achtstundentages und des Arbeitsschutzes, die außerordentlich bekämpft und angegriffen werden, sowohl von der Schwerindustrie als überhaupt von der gesamten Bourgeoisie. Deshalb hielten wir es für besonders notwendig, die Arbeiterschaft zur Demonstration aufzurufen. Dem stand das Demonstrationsverbot, das der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel, am 13. Dezember 1928 erlassen hat, im Wege. Er hatte damals erklärt, die wiederholten Zusammenstöße nötigten ihn zu diesem Verbot, weil ihm das Leben eines Arbeiters mehr wert sei, als alle Demonstrationen. (Zurufe: Hört hört!) Der 1. Mai hat das Gegenteil dieser Begründung ergeben.

Wir haben als Partei gegen dieses Verbot gekämpft, weil wir der Meinung sind, daß schon rein rechtlich dieses Verbot anfechtbar war. Wir haben in der Verfassung das verbrieftete Recht, auf der Straße zu demonstrieren und wir sind der Meinung, daß nicht ein Polizeipräsident der Arbeiterschaft dieses Recht absprechen kann. Aber wir stützen uns nicht so sehr auf dieses in der Verfassung niedergelegte Recht, sondern wir sind der Meinung, daß auch ohne dieses Recht die Arbeiterschaft auf der Straße demonstrieren muß, und daß die Arbeiter sich das Recht auf die Straße niemals nehmen lassen dürfen. Die Arbeiterschaft macht 95 Prozent des ganzen Volkes aus, sie hat das Recht, zu demonstrieren; sie versteht nur noch nicht, genügend von diesem Recht Gebrauch zu machen. Deshalb haben wir uns für befugt gehalten, die Arbeiter zur Demonstration aufzurufen, und zwar dadurch, daß wir in allen Betrieben versuchten, die Arbeiter in den Betrieben zu mobilisieren und sie zu veranlassen, auch entgegen dem Verbot des Polizeipräsidenten am 1. Mai auf die Straße zu gehen.

Diese Mobilisierung ist uns auch in wachsendem Maße gelungen. Je mehr es uns gelang, die Arbeiter von der Notwendigkeit der Durchbrechung des Verbots zu überzeugen, je mehr selbst in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen der Gedanke sich durchsetzte, daß das Demonstrationsverbot unvereinbar sei mit der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung, um so mehr wuchs die Sympathie der Arbeiter für die Demonstration. So rückte der 1. Mai heran. Es war bei vielen Arbeitern die Hoffnung verbreitet, daß das Verbot zum 1. Mai aufgehoben werden würde. Viele Arbeiter sagten sich, wenn man auch die Demonstrationen allgemein verboten hat, so ist doch der 1. Mai der höchste Feiertag der Arbeiterschaft, und da sei es selbstverständlich, daß ein sozialdemokratischer Polizeipräsident den Arbeitern nicht etwa das Demonstrieren verbieten wird. Das war die Hoffnung vieler Arbeiter.

Wir Kommunisten haben uns dieser Hoffnung nicht hingegeben, weil wir die Hintergründe dieses Verbots kannten. Wir wußten, daß bereits im Vorjahre die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsführer nach dem 1. Mai erklärt haben: Im nächsten Jahre gibt es keine Maidemonstration mehr. Der Anlaß dazu war, daß im Vorjahr im Treptower Park bei der Demonstration die Losungen im Vordergrund standen, die von der Kommunistischen Partei vertreten wurden entgegen den Losungen, die von

der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaftsführern für die Koalitionspolitik, die Wirtschaftsdemokratie und andere, der Arbeiterschaft schädlichen Auffassungen propagiert wurden. Aus diesem Grunde sollte in diesem Jahre keine Maidemonstration mehr sein und von der S. P. D. hatte man bekanntgegeben, daß in diesem Jahre nur noch Saalversammlungen stattfinden. Das konnte uns nur noch mehr veranlassen, die Arbeiter zur Demonstration aufzurufen. Wir haben dazu die legalen Möglichkeiten ausgenutzt, haben Fabrikversammlungen veranstaltet, öffentliche Versammlungen, in denen von der Arbeiterschaft der Wille bekundet wurde, unter allen Umständen am 1. Mai auf die Straße zu gehen. Aus diesem einheitlichen Willen ist ein Maikomitee hervorgegangen, daß dann die Organisation der Maidemonstration in die Wege geleitet hat. Das war der Gedanke, von dem wir uns haben leiten lassen: einen einheitlichen Willen zur Durchbrechung des Verbots und dessen Aufhebung zu erzeugen.

Der Kommunistischen Partei lag es völlig fern, etwa am 1. Mai Zusammenstöße herbeizuführen. Wenn gesagt wurde, daß bei einem Nichtbestehen des Demonstrationsverbots es zu Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten hätte kommen müssen, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß es im vorigen Jahre nicht zu einem einzigen Zusammenstoß zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gekommen ist. Dem steht auch die Tatsache entgegen, daß in allen anderen Städten Deutschlands, wo ein Verbot nicht vorhanden war, sich Zusammenstöße nicht ergeben haben. Damit fallen alle Behauptungen, daß das Verbot aufrechterhalten werden mußte, weil die Kommunisten Tumulte anzetteln wollten, völlig in sich zusammen. Die Kommunistische Partei und mit ihr verbunden das Maikomitee, hat es darauf abgesehen, wie in jedem Jahre, auch am 1. Mai dieses Jahres in friedlicher Weise auf der Straße zu demonstrieren. Aber sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer wollten keine Demonstration! Sie waren sich bewußt, daß, wenn das Demonstrationsverbot aufgehoben wurde, die Gewerkschaftsversammlungen leer sein würden, weil die Arbeiter auf die Straße gehen, so wie es die sozialdemokratische Führerschaft früher der Arbeiterschaft gelehrt hat. Ich erinnere daran, wie früher die S. P. D. den Arbeitern sagte: Wenn Herr von Jagow die Straße verbietet, die Arbeiter müssen trotzdem auf die Straße gehen. (Beifall!) Das haben die Kommunisten und die mit ihr verbundene Arbeiterschaft nicht vergessen, und von diesem Gedanken getragen, haben wir zur Demonstration aufgefordert.

Die sozialdemokratischen Führer, Herr Zörgiebel, Herr Grzesinski, Herr Severing, sie wußten, was sie mit dem Verbot wollten; es ist das vor dem 1. Mai deutlich genug hervorgekehrt worden. Es war damit der Gedanke verbunden: kommt es zu Zusammenstößen, dann haben wir die Gelegenheit, den Roten Frontkämpfer-Bund und die Kommunistische Partei zu verbieten, auch die kommunistische Jugendorganisation. Dann war es noch eine andere Spekulation, die mit dem Verbot der Maidemonstration verbunden war. In Berlin hat die Kommunistische Partei einen ungeheuren Vormarsch angetreten; das hat sich auch bei den Reichstagswahlen im Jahre 1928 gezeigt, und deshalb sollte diese Entwicklung unterbrochen werden. So wollte man durch einen Gewaltakt die Partei von den Massen isolieren. Um das zu verschleiern, wurde der Schwindel in die Welt gesetzt, daß eine Sitzung der Bezirksleitung des Bezirksverbandes Berlin-

Brandenburg vom 23. April beschlossen haben sollte, daß es am 1. Mai in Berlin 200 Tote geben werde. Man muß sich an den Kopf fassen, daß es S.P.D.-Führer gibt, die eine solche irrsinnige Behauptung aufzustellen wagen. Herr Künstler hat das Pech gehabt — ein wahres Künstlerpech — daß die Bezirksleitung an diesem Tage überhaupt nicht zusammengekommen ist. In einem Rundschreiben der Bezirksleitung „Wasserkante“ der Kommunistischen Partei war eine Bemerkung enthalten, daß bei Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbotes und bei dem Willen, jede Demonstration mit Gewalt zu unterdrücken, es in Berlin am 1. Mai Tote geben werde. Und diesen Passus aus diesem Rundschreiben hat man aufgebauuscht, als wenn es der Wunsch der Kommunistischen Partei sei, daß es am 1. Mai Tote geben solle. Es gehört keine prophetische Gabe dazu, bei den Rüstungen des Herrn Zörgiebel für den 1. Mai festzustellen, daß es bei der Verwirklichung seiner Pläne Tote geben werde.

Es ist uns mitgeteilt worden, daß man systematisch in den Polizeirevieren das Gerücht kolportiert hat, daß die Kommunistische Partei am 1. Mai in Berlin einen Aufstand plane, wobei die Polizeibeamten abgeschlachtet werden sollten. Diese Aufpeitschung der Beamten, die mit einer wahren Pogromhetze gegen die Kommunisten verbunden ist, ist mit der Erklärung für das Wüten der Polizei am 1. Mai. Selbst am 1. Mai haben mir Beamte erklärt: wie kommen Sie zu der Hetze gegen die Beamten, warum sollen wir die Opfer sein für die Maßnahmen, die die oberen Beamten treffen. Es ist uns nie eingefallen gegen diese Beamten eine solche Hetze zu machen; wir haben immer unterschieden zwischen den verantwortlichen Polizeioffizieren und den unteren Beamten. Aber wir haben die Beobachtung gemacht, daß von der Polizeischule in Brandenburg junge Polizeibeamte herangeholt worden sind, und die haben uns mitgeteilt, wie sie dort in Brandenburg für den Bürgerkrieg gedrillt werden, um in den Städten gegen die Arbeiterschaft eingesetzt zu werden. Das ist die systematische Vorbereitung des Arbeitermordes, wie sie auch von Herrn Zörgiebel durchgesetzt worden ist.

Ich kann hier, um in der Beantwortung der mir gestellten Fragen nicht zu ausführlich zu werden, nur noch erklären: die Kommunistische Partei ist viel zu sehr marxistisch geschult, als daß sie glaubt, man könne jederzeit aus dem Handgelenk einen Aufstand machen. Sie erstrebt die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterschaft, das erklärt sie ganz offen! Die Kommunistische Partei setzt alle Kräfte dafür ein, die Arbeiterschaft dafür fähig zu machen, die proletarische Diktatur zu erkämpfen, um die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen. Die Kommunistische Partei hat auch in der Geschichte gelernt, daß keine große soziale Umwälzung ohne Gewaltanwendung vor sich geht, deshalb sind wir auch entschlossen, der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen und in bewaffneten Kämpfen die alte Macht der Bourgeoisie niederzuringen. Aber wir sind uns bewußt, daß dafür bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden müssen und daß dazu das Vorhandensein einer akut revolutionären Situation notwendig ist, wo die kapitalistische Staatsmacht zu schwanken beginnt, und wo es der Kommunistischen Partei gelingt, die entscheidenden Teile des Proletariats zum bewaffneten Kampf um die Macht zu bringen.

So stehen wir zu der Gewaltanwendung, aber wir erklären, daß wir weder für den 1. Mai den Aufstand gewollt, noch ihn vorbereitet haben.

Die am 1. Mai von Teilen der Arbeiterschaft unternommenen Anfänge des Aufstandes als notwendige Abwehrmaßnahmen gegen die Polizeiüberfälle finden unsere volle Billigung! Unsere vollste Sympathie ist bei den Kämpfenden, weil ihre Abwehrmaßnahmen notwendig waren gegen die Ueberfallkommandos. Wir führen den Kampf gegen die Polizei und gegen die Klassenjustiz, die diese Kämpfer in den Kerker bringen. Aber wir haben die Kämpfenden nicht bei ihren Aufstandsmaßnahmen unterstützt, weil wir wußten, daß die Polizei dieses wollte, um die Kommunistische Partei niederzuschlagen, sie von den Massen zu isolieren.

Dr. Apfel: Ich werde jetzt noch einige Fragen an den Zeugen richten. Sind von der Kommunistischen Partei briefliche und mündliche Anweisungen für das Verhalten am 1. Mai herausgegeben worden? Ich darf das wohl als wahr unterstellen. (Pieck: Ja!) Wäre die Bezirksleitung bereit, sämtliche Rundschreiben, auch etwaige geheime, dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen?

Wilhelm Pieck: Wir haben nur legale, keine geheimen Rundschreiben, weil die Geheimhaltung eines Rundschreibens bei dem Umfang seiner notwendigen Verbreitung eine Unmöglichkeit ist. Ich bin deshalb auch jederzeit bereit, jedes Stück Papier, das von der Bezirksleitung als Anweisung für den 1. Mai herausgegeben worden ist, dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

Dr. Apfel: Besteht die Möglichkeit, daß Kreise der Kommunistischen Partei den Parolen der Leitung, die laut Ihren Mitteilungen auf ruhige, aber entschlossenen Demonstrationen gingen, nicht befolgt haben?

Wilhelm Pieck: Wir haben bei der Organisation der Maidemonstration natürlich auch mit Stimmungen unter der Arbeiterschaft zu rechnen gehabt, die dahin gingen: wir wollen uns nicht verprügeln lassen, wenn wir gehen, dann gehen wir auch so gerüstet, daß wir nicht niedergeschlagen werden. Wir haben aber gegenüber diesen Stimmungen mit aller Entschiedenheit erklärt, daß es ein völlig unsinniges Beginnen ist, wenn einzelne Personen oder kleine Gruppen bewaffnet vorgehen. Wenn wir die Zeit für ein bewaffnetes Vorgehen gegeben erachten, wird das organisiert geschehen. Weil wir das so eindeutig gesagt haben, ist es uns auch gelungen, in jeder Hinsicht diese Stimmungen absolut zurückzudrängen.

Dr. Apfel: Sie sprachen davon, daß in den Maitagen — am 2. und 3. Mai — Arbeiter zur Gegenwehr schritten. Ist diese Gegenwehr mit der Leitung Ihrer Bezirksorganisation besprochen worden, hat sie irgend einen Einfluß darauf genommen?

Wilhelm Pieck: Die Partei ist nur für das verantwortlich, was sie selbst anordnet. Der Barrikadenbau, der in den verschiedenartigsten Formen unternommen wurde, ist uns selbst überraschend gekommen. Es war für uns als Leitung gar nicht möglich, dort heranzukommen, weil die Polizei die umliegenden Straßen völlig abgesperrt hatte. Ohne unser Zutun haben die Arbeiter instinktiv zu diesen Notwehrmaßnahmen gegriffen. Die Barrikaden bestanden vorwiegend aus umgeworfenen Säulen, umgehauenen Bäumen, Baumaterial, Mobiliar usw. und sollten für das Herumrasen der Ueberfallautos und Panzerwagen der Polizei Verkehrshindernisse bilden. Wir schreiben es uns aber zu, daß die Arbeiter diesen Barrikadenbau zur aktivsten Gegenwehr nicht weiter gesteigert haben.

Dr. Apfel: Ich darf doch annehmen, daß Sie als Leiter der Bezirks-

organisation die Sache vollkommen übersehen konnten und auch die Partei in der Hand hatten?

Wilhelm Pieck: Ich bin sowohl Mitglied des Maikomitees als auch Leiter der Berliner Bezirksleitung der Kommunistischen Partei und ich glaube nicht, daß außerhalb meines Gesichtskreises etwas von der Partei geschehen konnte, was nicht von uns organisiert war, natürlich mit Ausnahme der Maßnahmen, die spontan von Arbeitern ergriffen wurden, die parteiorganisatorisch nicht mit uns in Verbindung stehen.

Stefan Großmann: In der „Welt am Abend“ hat am Tage vor dem 1. Mai eine Nachricht gestanden, wonach die Demonstration freigegeben wäre. Können Sie uns erklären, wieso eine solche Nachricht zustande kommen konnte.

Wilhelm Pieck: Diese Mitteilung der „Welt am Abend“ entspricht nicht den Tatsachen. Sie ist, wie inzwischen festgestellt wurde, durch ein Mißverständnis hervorgerufen worden. Tatsache ist, daß das Maikomitee überhaupt nicht mit Zörgiebel verhandelt hat, nachdem Zörgiebel mit aller Bestimmtheit hatte wissen lassen, daß er nicht daran denke, das Demonstrationsverbot aufzuheben. Auf Grund eines Mißverständnisses hatte die „Welt am Abend“ die Mitteilung erhalten, als ob die Möglichkeit einer Einschränkung bestände. Zörgiebel hatte zwar die Weisung an die Polizei herausgegeben, daß keine Karabiner mitgenommen werden sollten, natürlich nur, weil der Karabiner ein Hindernis bei den Gummiknüppelattacken ist.

Stefan Großmann: Wir lasen zuweilen in den Zeitungen, daß die ganzen Schwierigkeiten der Maitage hervorgerufen sein sollen durch Parolen aus Moskau. Es wäre uns interessant, zu erfahren, ob es eine ausländische Parole gegeben hat?

Wilhelm Pieck: Auch darüber will ich gern Aufklärung geben. Die Kommunistische Partei ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Sie ist an die Weisungen des Exekutiv-Komitees dieser Internationale gebunden. Sie ist ein Teil der großen revolutionären Weltorganisation des Proletariats. In diesem Zusammenhang nimmt die Komintern auch Einfluß auf die Maßnahmen der Sektion. Ich weise aber die Kolportage, daß am 1. Mai russische Parteiführer in Berlin gewesen seien, als Lüge zurück, die nur den Gehirnen jener Verleumder entsprungen ist, die mit der Parole „Moskau hat befohlen“, um jeden Preis die Arbeiter verwirren und sie ablenken wollen von den Urhebern des Blutbades. Es war in den Maitagen nicht ein einziger russischer Parteiführer in Berlin, das geht schon daraus hervor, daß gerade in jenen Tagen wichtige Parteisitzungen in Moskau stattfanden, und gerade jener Mann, dessen Name in Verbindung mit dem 1. Mai genannt worden ist, ist an diesem Tage in Moskau gewesen.

Stefan Großmann: Und nun eine letzte Frage, die vielleicht unangenehm berühren wird. Ich möchte als Nichtkommunist, der an der Aufklärung der Maivorgänge besonders interessiert ist, Sie zu dieser Frage um Ihre Stellungnahme bitten. In der „Roten Fahne“ vom 24. Mai heißt es im Gegensatz zu den Feststellungen, die wir hier gemacht haben, daß fast nur Unschuldige die Opfer sind,

„Das Proletariat schritt in den Maitagen gegen den Polizeiterror zum Widerstand und zum Gegenangriff.“

Ist nach Ihrer Kenntnis der Dinge ein solcher systematischer Gegenangriff

wirklich erfolgt und würden Sie diese Worte der „Roten Fahne“ auch für Ihre Person unterschreiben?

Wilhelm Pieck: Bei der Beurteilung der Maivorgänge sind zweifellos stilistische Ueberspitzungen vorgekommen. Aber diese Worte der „Roten Fahne“ erklären sich aus dem Widerstand, den ich schon dargelegt habe, daß nämlich die Berliner Arbeiter gegen das Demonstrationsverbot den Willen zur Durchbrechung hatten, und wenn bei diesem Willen Zörgiebel die Polizei den Arbeitern gegenüberstellt, so ergibt sich zweifellos auch ein Widerstand gegen die Staatsgewalt eben gegen das Verbot. In diesem Sinne unterschreibe ich die Worte in der „Roten Fahne“, daß das Proletariat zum Widerstand und zum Gegenangriff geschritten ist, aber nicht in dem, in den Ausführungen der „Roten Fahne“ auch nicht liegendem Sinne, daß die Arbeiterschaft Waffe gegen Waffe gestanden hätte — dazu war das Proletariat ja gar nicht in der Lage. Dieser Gegenangriff war also mehr eine Notwehrmaßnahme während der Widerstand gegen das Demonstrationsverbot ideologisch und aktiv war.

Professor Alfons Goldschmidt:

Verehrte Anwesende! Der Ausschuß zur Untersuchung der Ursachen der Maivorgänge hat sich folgende Fragen vorgelegt: 1. Weshalb wird der 1. Mai vom Proletariat gefeiert? 2. Wurde jemals das Recht des Proletariats bestritten, den 1. Mai auf der Straße zu feiern? 3. Wie hat sich die Sozialdemokratische Partei früher zu dem Vorgehen der Polizei und der Behörden überhaupt bei proletarischen Demonstrationen verhalten? 4. Waren diesmal, vom Standpunkt des Proletariats aus gesehen, in der Entwicklung stichhaltige Gründe für die Abhaltung einer solchen Maidemonstration vorhanden? 5. Wie hat sich nun die Polizei hier in Berlin und im Reiche zu der Absicht der kommunistischen Partei, eine solche Demonstration zu veranstalten, verhalten? Und schließlich: Was hat die Kommunistische Partei ihrerseits getan, um dieses Verhalten gegenüber der Partei zu rechtfertigen oder herauszufordern, und ist das geschehen?

Das sind die Fragen, die der Ursachenausschuß zu untersuchen hatte, die ja am 1. Mai, d.h. mit dem Beginn der Demonstration selbst und der Vorgänge, die hier zur Debatte stehen, abschließen.

Mit Hilfe des Archivmaterials haben wir zur Frage 1 folgendes gefunden:

Im Jahre 1889 wurde in Paris der 1. Mai zum internationalen proletarischen Feiertag erklärt. In sämtlichen darauf folgenden deutschen Parteitagen wurde der Beschluß, nach Debatten in dieser und jener Richtung, den 1. Mai wieder zu feiern, bestätigt; sowohl von Bebel im Jahre 1895 auf dem Parteitag in Köln als auch im Jahre 1896 auf dem Parteitag in Gotha und im Jahre 1904 auf dem Parteitag in Bremen. Ich möchte hier eine Aeußerung des Sozialdemokraten Fischer auf diesem Parteitag verlesen. Fischer führte aus:

„Eins sollten wir bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsform, je mehr ihre Aufgaben sich entwickeln, um so mehr lösen sich allgemein die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen Verknüpfung, um so größer wird die Gefahr, daß sie über die Kämpfe

des Tages die großen Ziele der Arbeiterklasse aus dem Auge verliert. Und gerade unter diesem Gesichtspunkt hat die Maifeier ihre besondere Bedeutung; das Eintreten für unseren Standpunkt wird immer mehr ein Stück eines Glaubensbekenntnisses.“

Und so ist es im Jahre 1905 in Jena gewesen. Dort wurde der Vorschlag, die Maifeier zu begehen, ebenfalls von Fischer gemacht; es wurde gesagt, daß die Maifeier eine zur Unterstützung des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von der Arbeiterklasse beschlossene Demonstration sei. Das wiederholt sich bis zu den Jahren 1912-14, immer wieder finden wir die Aufforderung der Sozialdemokratischen Partei, den 1. Mai als Klassenfeiertag mit den Protesten gegen die Bedrückung durch die bürgerliche Wirtschaft zu begehen, für den Frieden zu demonstrieren und im Klassensinne auf die Straße zu gehen. Aber ich habe nirgends etwas gefunden, was darauf schließen ließe, daß auf einem dieser Parteitage die Forderung aufgestellt worden wäre, nicht auf die Straße zu gehen. Das war eine Selbstverständlichkeit, die auch angesichts der sehr nahe drohenden Kriegsgefahr im Jahre 1912 wiederholt wurde. Ich habe hier den Aufruf der Sozialdemokratischen Partei v. 23. April 1914 zur Maifeier, mit der Unterschrift des Parteivorstandes, d. h. also kurz vor Beginn des Weltkrieges. Da waren im Grunde dieselben Forderungen aufgestellt, die auch heute noch aufgestellt werden. Es wird auf die Gefahr eines Völkerschlachtens aufmerksam gemacht und die Arbeiter werden aufgefordert unter den Parolen: Her mit dem Achtstundentag, es lebe der Völkerfrieden, den Mai zu begehen. Kein Wort davon, daß die Feiern des 1. Mai in Sälen zu begehen seien, kein Wort gegen eine Straßendemonstration. Hier habe ich einen Aufruf gefunden, vom 11. April 1919, unterschrieben vom Zentralkomitee der USPD, von Crispian, Dittmann, Hugo Haase, Luise Zietz usw. Dieser Aufruf spricht keineswegs vom Fernhalten von der Straße, sondern er fordert mit der in jenen Situationen notwendigen Begründung die Arbeiterschaft auf, den 1. Mai auf der Straße zu begehen.

Ich habe hier eine Aeußerung vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1910 in Magdeburg, eine Aeußerung Hermann Müllers, die besagt, „wenn wir alle diese agitatorischen Momente in den Vordergrund stellen, so werden wir unzweifelhaft im nächsten Jahre eine kraftvolle Maifeier begehen können.“ Und lebhaftes Bravo hat ihm geantwortet. Niemals bisher hat sich die Sozialdemokratische Partei gegen Straßendemonstrationen gewehrt, immer hat sie den Versuch des Verbots solcher Demonstrationen energisch zurückgewiesen und gejubelt über die Zurücknahme oder die Durchbrechung eines solchen Verbots. Der „Vorwärts“ schrieb im Jahre 1908:

„Aus den proletarischen Quartieren strömten die Massen zusammen, anfangs in kleinen Trupps, die in den Straßen sich sammelten und später zu Scharen anschwellen. Zahlreiche Demonstrationzüge, die aus Tausenden und Hunderttausenden bestanden, bewegten sich durch die Straßen.“

Und dann heißt es an einer anderen Stelle:

„Das Proletariat hat sich die Straße erobert, es hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, und es wird sich dieses Recht nicht wieder nehmen lassen.“

(Lebhafte Bewegung.) Das war der „Vorwärts“ 1908. Wohin ich gesehen

habe, überall Proteste gegen jedes brutale Vorgehen der Polizei, bis zu Protesten gegen die Polizei überhaupt. Proteste auf dem Preussischen Parteitag 1910 gegen den Recke'schen Schießerlaß, Proteste gegen Demonstrationenprozesse im Jahre 1910, gegen Herrn v. Jagow. Ueberschriften „Polizeilicher als die Polizei!“, „Polizeibestien“, eine Extra-Ausgabe nach der großen Wahldemonstration 1910, wo es heißt „Die Massen in Bewegung, zahllos kommen sie daher“ — im „Vorwärts“ steht das. (Heiterkeit!) — „In kleinen losen Zügen angefangen, die wachsen und wachsen bis sie schließlich in unabsehbarer Menge die breiten Plätze überfluteten“, „Die Straße im Anmarsch“ usw. Und dann heißt es wieder: „Mit dem Speer sollst du Gaben vom Feinde empfangen, Spitze gegen Spitze. Dieses Wort des alten Hadubrand-Liedes hat Friedrich Engels einmal erwähnt, als er schrieb, politische Rechte fallen einem Volk nicht als Geschenk in den Schoß, es muß sie sich nehmen und nur die erkämpften haben bleibenden Wert. Keine Drohung blieb uns erspart, als wir gegen die Schande des Dreiklassenwahlrechts zu dem Mittel der Straßendemonstration griffen. „Wasser auf die Mühlen der Reaktion“, warnten die Liberalen, „Vorgefachte für die Revolution“ heulte die Reaktion. Wir haben die Warnungen verlacht, wir sind entschlossen unseren Weg gegangen, geradeaus, und haben dadurch und nur dadurch, das System der Bevormundung zur Kapitulation gezwungen. Wir haben unser Recht verlangt, und als man es uns verweigerte, haben wir es uns genommen, und als die Weigerung wiederholt wurde, hatte es nur die eine Wirkung, den proletarischen Trotz noch mehr anzustacheln. Glänzend zeigte sich die Ueberlegenheit der sozialdemokratischen Organisation. Es wurde der Beweis erbracht, daß die Massenkundgebungen, sich selbst überlassen, impulsant verlaufen. Nur das Eingreifen der Polizei schuf Unordnung und stiftete Verwirrung.“

Nun, die Zitate, die ich angeführt habe, könnten heute geschrieben sein, aber ich glaube, nicht vom „Vorwärts“. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Nun, wir haben uns dann, nach dem wir diese Punkte geklärt hatten, gefragt: wozu ist der 1. Mai jetzt gefeiert worden, in welchem Sinne und wie hat sich früher die Partei gegenüber der Feier des 1. Mai auf der Straße verhalten? Und wir haben uns gefragt: liegen denn heute noch die Gründe vor, die damals für die Demonstration auf der Straße am 1. Mai von der Sozialdemokratischen Partei vorgebracht wurden? Ich muß von meiner Wissenschaft aus, von der Wirtschaftswissenschaft, sagen, daß wir niemals in einer kritischeren Zeit gelebt haben, als gegenwärtig. Die Analyse der wirtschaftlichen Situation in diesem Jahre und in diesem Augenblick ergibt als Symptom eine furchtbare Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur. Die Reallöhne sinken, die Kredite steigen, ein großer Prozentsatz dessen, was Deutschland schuldet, geht, ohne daß auch nur eine Kartoffel zurückkäme, in das Ausland. Das bezieht sich nicht nur auf die Reparationen, sondern auf all die Zwischengewinne bei den Milliardenkrediten, die in die Luft gepulvert sind. Die Steuern sind verworren, geradezu dilettantisch, der Verwaltungsapparat bläht sich zu dem riesenhaftesten Konsumenten, den wir jemals im Lande gehabt haben; eine Gesamtrente wird von der produktiven Basis aufgebracht, die einfach unmöglich geworden ist, und würde man diese Summen umrechnen in Arbeitswert und Arbeitsmengen, so müßten Millionen arbeitende Menschen jedes Jahr, jeden Tag und jede Minute gratis arbeiten, um diese Rente aufzu-

bringen. Man könnte sich dann Berlin als eine große Fabrik, voll von Schuftenden, vorstellen, die für ihre Arbeiten nichts bekommen. (Zuruf: Was hat das mit der Sache zu tun?) Sehr viell Die Kriegsgefahr ist gerade aus diesem Grunde der wirtschaftlichen Zuspitzung, nicht gewichen; sie ist größer als jemals; kein Mensch wird behaupten, daß wir im sicheren Frieden leben. Wer die letzten Verhandlungen der Abrüstungskommission in Genf verfolgt hat, der weiß, wie die Rüstungen aufwärts gehen in der ganzen Welt, und wie schrecklich diese Rüstungen sind. Kein Mensch wird behaupten, daß wir hier in Deutschland nicht auf einem Gefahrenolymp leben, daß wir uns geistig frei bewegen können. Das wird kein Mensch behaupten. Und das ist der Grund, weshalb ich diese Dinge als Meinung des Ausschusses hier einfüge: Das Proletariat war an diesem 1. Mai genau so berechtigt zu demonstrieren, wie alle Jahre vorher, denn alle Gründe, sowohl die sozialen wie die wirtschaftlichen, die früher vorhanden waren und zum 1. Mai vorgebracht wurden vom Proletariat, sie haben auch vor diesem 1. Mai des Jahres 1929 bestanden und werden weiter bestehen. (Bravo!)

Wenn wir nun die Frage aufstellten, ob die Polizei berechtigt war, trotzdem das Demonstrationsverbot aufrecht zu erhalten, so müssen wir diese Frage selbstverständlich verneinen. Denn wenn 40 Jahre lang frei demonstriert werden durfte, so müßte auch diesmal, ganz gleich, ob es sich um die Kommunistische Partei handelte oder nicht, frei demonstriert werden dürfen, oder aber es mußten Gründe nachgewiesen werden, so furchtbar bedrohender Art, daß die Anwendung des § 123 der Reichsverfassung berechtigt erschien. Denn die Grundlage der Verfassung ist ja nicht das Verbot, eine Verfassung wird nicht erlassen, um dem Volk dieses oder jenes zu verbieten, sondern um die freie geistige und politische Entwicklung zu gewährleisten. Gewiß, wenn ich die Gewalt in der Hand habe, zu dekretieren — und ein Dekret ist furchtbar verantwortungsvoll, weil es die Vorwegnahme eines Richterspruches ist — so kann ich das tun, aber die Frage ist die, ob ich das Recht dazu habe. Und dieses Recht bestreitet der Ausschuß Herrn Zörgiebel. Wie sind der Meinung, daß dieses Dekret des Herrn Zörgiebel nicht dem Wesen der Verfassung entspricht.

Nun ist das Demonstrationsverbot nur für Berlin aufrecht erhalten worden, und wir haben uns gefragt, weshalb das geschehen sei. Denn im ganzen Reiche sind ja nach den Nachrichten, die wir hier zur Verfügung haben, die Maidemonstrationen auf der Straße — wie Sie das noch im Film sehen werden — ruhig verlaufen. Die „Frankfurter Zeitung“, das „Berliner Tageblatt“ und andere Zeitungen haben berichtet, daß in Hamburg, und sogar in München, auch in Sachsen, überall die Demonstrationen ruhig verlaufen sind, daß nichts oder nur unwesentliches passiert ist. Weshalb also, mußten wir uns fragen, hätte in Berlin denn etwas passieren sollen und weshalb konnte und sollte nicht die Maidemonstration der Kommunistischen Partei genau so ruhig in Berlin verlaufen wie anderswo. Wir sagten uns: Wir stimmen überein mit dem, was Herr Pieck gesagt hat, daß die Kommunistische Partei nicht, wie Herr Zörgiebel in seinem Tageblatt-Artikel vom 2. Mai behauptet, beabsichtigte, die Feiern der übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu überfallen und zu stören. Es sollte kein Blut in den Straßen Berlins fließen. Es waren nicht die geringsten Anzeichen einer Bewaffnung, nicht die Grundlage eines Austandes irgend einer Art vorhanden, kein Beweis ist bis heute erbracht worden, keine Behauptung

auch nur spezifiziert worden, daß eine Bewaffnung von Arbeitern stattgefunden hätte. Und wenn wir uns das Blatt, das als Zentralblatt für diese Dinge in Betracht kommt, die „Rote Fahne“ ansehen, so finden wir mehrmals die Versicherung, daß die Kommunistische Partei das Proletariat unbewaffnet auf die Straße führen wollte. Wir haben ja diese außerordentlich erschütternden, tragischen und von tiefster Menschenliebe zeugenden Ausrufe an die Polizeibeamten in der „Roten Fahne“ vom 30. April gelesen, wo die „Rote Fahne“ sagt: „Wir, die Kommunisten sagen Euch, den Beamten, daß die klassenbewußten Arbeiter, die morgen unter den Fahnen der Kommunistischen Partei auf die Straße gehen werden, kein Interesse an Zusammenstößen haben; darum werden sie unbewaffnet marschieren; an Euch ist es, zu zeigen, daß auch Ihr keine willenlose Instrumente der Offiziere seid“. Und man hat sie gebeten: Schießt nicht!

Es ist nicht der geringste Beweis erbracht worden, nicht in all dem Material und den Informationen, die wir bekommen haben, daß die Ursachen der Zusammenstöße auf Seiten der Kommunistischen Partei zu suchen wären; denn wenn man Zusammenstöße will, dann muß man sich auch mit Machtmitteln gegen 13000 bewaffnete Menschen ausrüsten. Im ganzen Reiche ist ja auch nicht eine einzige Unterstützungsaktion für die Berliner Arbeiterschaft unternommen worden, die doch gewiß geschehen wäre. Niemals wird doch eine Partei, welcher Art sie immer sei, in solch kritischen Augenblicken ihre Brudersektion im Stiche lassen. Sie wird überall eingreifen.

Das Resultat also dessen, was der Ursachen-Ausschuß studiert hat — und ich kann sagen mit völliger Freiheit, beherrscht von unpolitischen Elementen, Herr v. Ossietzky und ich haben dort gearbeitet und wir sind beide keine Politiker und Parteileute — ist, das dieser Ausschuß zu dem ihm objektiv scheinenden

Urteil

gekommen ist:

Das Verbot der Straßendemonstration am 1. Mai war tatsächlich — weder in dem proletarischen Brauch noch in dem Wesen der Verfassung — begründet. Die Kommunistische Partei hat keine Toten gewollt und hat die Arbeiterschaft nicht bewaffnet für Zusammenstöße. Die Kommunistische Partei ist also nicht die Schuldige für die Toten am 1. Mai. Das ist unsere feste und freie Ueberzeugung, und deshalb müssen wir vom Ursachen-Ausschuß die Schuld an diesen Unmenschlichkeiten des furchtbaren Blutmai 1929 Herrn Zörgiebel zuschieben!

(Lebhafter, langanhaltender Beifall!)

* *

Stefan Großmann schließt mit der Versicherung; alles daran zu setzen, um eine Wiederholung der abscheulichen Vorgänge zu vermeiden. Wir werden nicht ruhen, bis die Schuldigen für den 1. Mai zur Verantwortung gezogen werden!

Ansprache Carl v. Ossietzkys am 2. Verhandlungstag.

Sehr geehrte Anwesende! Ich eröffne hiermit die heutige Versammlung des Untersuchungs-Ausschusses zur Klärung der Berliner Maivorgänge. Ich bin in der angenehmen Lage, heute nicht dieselbe Einleitung und Begründung zu wiederholen, die bei unserer gestrigen Kundgebung im Großen Schauspielhaus gesprochen worden ist. Durch die Presse ist inzwischen bekannt geworden, in welcher imposanter Weise die Kundgebung verlaufen ist. Dieses sogenannte „Theater der 5000“, das Große Schauspielhaus, das 3500 Sitzplätze enthält, ist wirklich einmal von 4—5000 Personen besucht gewesen, trotz eines Mindestmaßes an öffentlicher Propaganda. Wir hatten im ganzen uns nur auf Plakatpropaganda gestützt und wir hatten die Presse ziemlich geschlossen gegen uns. Trotz dieses stillen Boykotts ist unser Appell an das Publikum durchgedrungen und ich sage, es sind wohl gegen 5000 Personen gestern diesem Rufe gefolgt.

Ich bin auch in der Lage, nicht wiederholen zu müssen, weshalb dieser Untersuchungs-Ausschuß gebildet worden ist. Aber nach dem gestrigen Verlauf der Versammlung sind wir uns auch klar darüber gewesen, daß wir uns nicht auf diese eine Versammlung im Stadttinnern beschränken durften, sondern, daß ein dringendes Bedürfnis vorlag, ja, daß die Pflicht bestand, mit unseren Ergebnissen der Untersuchung einmal in die Gegend zu gehen, die neben Neukölln in den ersten vier Maitagen am stärksten gelitten hat.

Aus diesem Grunde sind wir hierher gekommen. Wir haben in der Presse keine Unterstützung und keine freundliche Aufnahme unserer Veranstaltung erwartet. Ich muß sagen, daß ich nach dem Lesen der heutigen Zeitungen zum Teil recht angenehm enttäuscht worden bin.

Ich finde in der linksbürgerlichen Presse kurze, aber sachliche Berichte, die dem Standpunkt nach ganz gewiß kritisch und ablehnend sind, die aber in einem höflichen und manierlichen Ton abgefaßt sind, und die keinerlei Verunglimpfungen gegen die Veranstalter dieser Versammlung enthalten. Es ist nur ein Blatt, das aus dem Rahmen fällt, und das ist bezeichnender Weise der „Vorwärts“, das Regierungsorgan, der deutsche allgemeine „Vorwärts“ (Heiterkeit!), der sich in seiner heutigen Abendausgabe eine Glossierung der gestrigen Veranstaltung gestattet, der an höhnischer Verdrehung so ziemlich das Ärgste enthält, was man seit geraumer Zeit auch von dieser Seite erwartet hat.

Da der „Vorwärts“ ja heute nicht zu den am meisten verbreiteten Organen in Arbeitergegenden gehört (Große Heiterkeit!), möchte ich immerhin ein paar charakteristische Sätze aus dieser Besprechung vorlesen. Schon die Ueberschrift ist bezeichnend: „Neue kommunistische Revue“ und dann geht es los:

„Das neueste kommunistische Spektakelstück, genannt „Das Theatergericht“ oder „Die Szene wird zum Tribunal“ ist gestern in Uraufführung über die Bretter des „Großen Schauspielhauses“ gegangen. Wiederholungen in allen Stadtteilen sollen sich anschließen, da der Klamauk einem entsprechenden Publikum wohlgefallen hat. Als Leiter des Ganzen fungiert der bewährte Komödiant Stefan Großmann, der zwei Stunden lang die Seligkeit schlürft, sich „Herr Präsident“ titulieren zu lassen und in der Maske eines Gerichtsvorsitzenden Zeugen zu vernehmen. Unter diesen ragt hervor der

olle, ehrliche Wilhelm Pieck, dem die Vernehmung durch den würdigen Stefan Striese, pardon Stefan Großmann, großes Vergnügen bereitet. Denn er schwört mit mühsam unterdrücktem Grinsen zum Himmel, daß die KPD, am 1. Mai niemals blutige Zusammenstöße mit der Polizei beabsichtigt hätte.

Dann gibt es ein paar persönliche Verunglimpfungen gegen Stefan Großmann und meine Wenigkeit und am Schluß der Besprechung heißt es dann:

„Ein widerliches, heuchlerisches, verlogenes Theater, das mit den Toten vom 1. Mai gespielt wird! Gespielt wird von den Anstiftern und intellektuellen Urhebern der Kravalle, die die schwere Verantwortung an dem Blutvergießen tragen! Gespielt wird mit Hilfe von ein paar „intellektuellen“ Strohpuppen, die von der brennenden Sucht getrieben werden, hier öffentlich eine Rolle zu spielen, die man sie sonst nicht spielen lassen würde. Komödie mit Leichen, inszeniert von Moskau! Auf deutsch: Ekelhafte Leichenschändung!“

Sehr geehrte Anwesende! Ich für meine Person stehe parteimäßig rechts von der Sozialdemokratie. Ich enthalte mich eines weiteren Urteils über den „Vorwärts“, weil ich nicht morgen als demokratischer Sozialistentöter verschrien werden möchte. Aber ich möchte doch das eine zum Steuer der Wahrheit sagen und feststellen, was dieser Ausschuß ist und wie er gearbeitet hat. Die „intellektuellen Strohpuppen“, von denen hier die Rede ist, das sind die Herren Stefan Großmann, Dr. Apfel und Prof. Goldschmidt. Meine Damen und Herren! Wir gehören sämtlich keiner Partei an. Wir halten uns politisch unabhängig, womit nicht gesagt ist, daß wir uns des politischen Denkens enthalten. Aber wir gehören keiner Partei an. Wir haben keinen Wert darauf gelegt, ein Mitgliedsbuch einer politischen Partei in der Tasche zu haben, und wir haben zum Teil mit den verschiedensten Parteien der deutschen Linken in bitterster Fehde gestanden. Wenn jemand sich die Unabhängigkeit bewahrt hat, so sind es gerade die „Strohpuppen“. Der „Vorwärts“ irrt sich; er sieht die Welt von dem Wesen der Wichtigkeit der Parteibonzen. Er kann sich ein politisches Wirken nicht ohne bezahlte Parteipöstchen denken. Wir nichtkommunistischen Mitglieder des Ausschusses haben mit den kommunistischen Herren in diesen 14 Tagen gut zusammen gearbeitet; das möchte ich hier mit aller Deutlichkeit konstatieren. Wäre ein Einfluß auf uns ausgeübt worden, den wir nicht hätten billigen können, dann, das kann ich versichern, hätten wir in diesem Falle einen Unabhängigkeitssinn bewahrt, den sozialdemokratische Parteiminister ihren bürgerlichen Kollegen gegenüber nicht aufbringen. Das war aber auch gar nicht notwendig; ich bestätige gern, daß wir gut zusammen gearbeitet haben. Wir sind in früheren Zeiten politische Gegner gewesen, aber in dieser einen Sache waren wir jedenfalls im besten Einvernehmen.

Es ist eine böswillige Verdrehung, wenn von bestimmten Kreisen behauptet wird, daß es sich bei dieser Sache um eine kommunistische Affäre handelt. Das ist nicht wahr. Die Kritik und die Klärung bestimmter Uebergänge der Polizei hat absolut nichts mit so weitgehenden Fragen zu tun. Es handelt sich dabei ausschließlich um Dinge des liberal-demokratischen Verfassungsstaates. Und wenn wir so etwas wie eine selbstbewußte Demokratie in Deutschland hätten, dann hätte allerdings am 4. Mai, nach den Vorgängen in Berlin, nach dem Verbot der Maidemonstrationen, das

ganze demokratische Deutschland die Pflicht gehabt, sich zu regen. Und ich möchte doch feststellen, daß immerhin ein altes demokratisches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“ — auch darin links vom „Vorwärts“ — das, was geschehen ist, nicht gebilligt, sondern bekämpft hat. Der „Vorwärts“ hat alle anderen Blätter in dem Gutheißenden der Polizeiaktion übertrumpft.

Ich kann mich darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß der „Vorwärts“, als er noch nicht der deutsche allgemeine „Vorwärts“ war, sondern das Blatt der Berliner Arbeiterschaft, einen völlig anderen Standpunkt eingenommen hat. Es ist heute sehr leicht, aus den letzten Jahren vor dem Kriege den „Vorwärts“ hervorzuholen und die Lügengewebe von heute zu zerreißen. Die Sozialdemokratie hat in ihrer besten Zeit immer wieder das Recht der Arbeiterschaft auf die Straße betont und sie hat dieses Recht auch gegenüber den Verboten der Polizei geltend gemacht. So sind ja vor 20 Jahren die berühmten Wahlrechtsdemonstrationen zustande gekommen, die schließlich auch zu Zusammenstößen geführt haben. Ich denke an die berühmten Moabiter-Krawalle, bei denen 1 Arbeiter getötet wurde. Damals war die Welt noch nicht so abgehärtet, damals gab es um diesen einen Toten viel mehr Aufregung als über die 30 Toten des 1. Mai heute. Damals, als das Wort fiel, daß der Janhagel die Krawalle gemacht habe, hat der „Vorwärts“ geantwortet, daß das Publikum sich einig darüber sei, daß die Polizei Mißgriffe gemacht habe. Es wird weiter davon gesprochen, die Polizei hätte gar zu gern der Sozialdemokratie den Aufruhr an die Rockschröße gehängt.

Am 11. April 1910 stand im „Vorwärts“ zu lesen:

„Die Massen in Bewegung!“

Politische Rechte fallen einem Volke nicht als Geschenk in den Schoß. Es muß sie sich nehmen und nur die erkämpften haben bleibenden Wert so hat denn dieser Tag den Sieg vervollständigt, den unsere früheren „ungesetzlichen“ Demonstrationen vorbereitet haben. Zugleich ist sein herrlicher Verlauf die schärfste Kritik des preußischen Systems, das mit Polizeiattacken und Gerichtsurteil verbieten wollte, was ein Recht des Volkes war.“

Diesen Standpunkt hat die Sozialdemokratie früher eingenommen in bezug auf sogenannte „ungesetzliche“ Demonstrationen, und ich kann aus dieser Haltung den Schluß ziehen, daß die Kommunistische Partei, als die eigentliche Nachfolgerin der alten Sozialdemokratie, heute diesen Standpunkt, das Recht auf die Straße, nicht preisgeben will. Dieses Recht auf die Straße, unter Umständen auch gegen das Polizeiverbot, hat die Kommunistische Partei vor dem 1. Mai öffentlich für sich in Anspruch genommen. Das ist etwas ganz anderes als eine Aufreizung etwa zu Gewalttätigkeiten. Wir haben gestern eine Reihe von Zeugen vernommen, unter anderem einen Berliner Führer der Kommunistischen Partei, Herrn P i e c k, und wir haben nicht nur den Eindruck, sondern haben durchaus die Ueberzeugung, die wir durch Dokumente stützen können, daß die Kommunistische Partei zwar für den 1. Mai Demonstrationen, aber keine Gewalt gewollt oder gefördert hat. Das ist das Ausschlaggebende! Der 1. Mai war gewiß ein schwerer Tag für die Polizei. Aber diese schwierige Situation zu erleichtern, ist dadurch unmöglich gemacht worden, daß die Polizei von früh morgens an unter Hinzuziehung von Polizeischülern aus Brandenburg diesen Tag wie unter dem Belagerungszustand begonnen hat. Das heißt, die Polizei hat nicht die

Barrikaden abgewartet, sondern hat in den stillen Straßen so gearbeitet, als gelte es, einen feindlichen Angriff niederzuschlagen, wie Truppen in einem besetzten Gebiet, die einen Aufstand erwarten. (Noch schlimmer!)

Jawohl, noch schlimmer, denn würde es sich um ein besetztes Gebiet handeln, so gibt es für diese Fälle ja noch ein Völkerrecht. Jedes Land, das unter fremder Herrschaft leidet, hat die Möglichkeit des Appells an das Völkerrecht.

Unsere Zeugenvernehmung dient dem einen Zweck: festzustellen, daß die Polizei nicht nur am 1. Mai, sondern auch besonders in den Tagen nachher ihre Pflicht verletzt hat, daß der Herr Polizeipräsident — ich will es offen sagen, ob aus Unfähigkeit oder aus parteilicher Voreingenommenheit, mag dahingestellt sein — vom Morgen an einen Krieg gegen die Stadt Berlin eröffnet hatte, und daß die Parole nicht etwa hieß „gegen die Roten“ sondern gegen jeden Einzelnen. Nur durch dieses Vorgehen der Polizei ist es nachher zu bestimmten Szenen auf dem Wedding und in Neukölln gekommen, mit dem Ergebnis, daß 30 Tote und an 100 Schwerverletzte zu beklagen sind, während auf Seiten der Polizei nur ein paar unerhebliche Verletzungen zu verzeichnen sind. Wenn es eine Widerlegung gibt, daß ein Straßenkampf stattgefunden hätte, so ist es alleine dieser eine Punkt.

Die Regierungsorgane haben uns in der Aufhellung der Wahrheit nicht unterstützt. Aus diesem Grunde hat der Ausschuß sich zusammen gefunden, um die Dinge zu prüfen und, wenn es sein muß, die politischen Konsequenzen daraus zu ziehen, und den Kampf mit aller Schärfe gegen diejenigen weiter zu führen, die verantwortlich sind für jene Taktik, die zu dem Resultat der vier Maitage geführt hat. (Lebhafter Beifall)

Bericht der Betriebskommission.

Reichstagsabgeordneter H e i n führt aus:

Die Betriebskommission des Untersuchungsausschusses hatte ebenfalls das Bestreben, zu untersuchen, ob das Demonstrationsverbot durch den Polizeipräsidenten aufrecht zu erhalten berechtigt war oder nicht. Wie in den früheren Jahren seit Bestehen des Pariser Beschlusses, waren auch in diesem Jahre nach Ansicht des Untersuchungsausschusses alle sozialen Berechtigungen für eine Massendemonstration der Arbeiter gegeben. Darüber hinaus steht gerade im gegenwärtigen Moment die Notwendigkeit der Abwehr der Kriegsgefahr durch die Arbeiterschaft im Vordergrund. Durch das neue von der Koalitionsregierung vorgelegte Arbeitsschutzgesetz wird der Achtstundentag zu einer Ausnahme und der 16-Stundentag zu einer Regel. Wenn es zugetroffen hätte, wie es im Wahllauf der SPD. von 1928 hieß, daß die Endschlacht um den Achtstundentag sich ankündige, dann hätten die Gewerkschaften am 1. Mai nicht Saalveranstaltungen, sondern gewaltige Demonstrationen um die Einleitung dieser „Endschlacht“ durchführen müssen.

Wie war die Lage der Arbeiter in den Betrieben? Die wirtschaftliche Entrechtung der Arbeiter in den Betrieben, die Senkung der Reallöhne, die Intensivierung der Arbeit durch die Rationalisierung, die Erhöhung der Steuern und sozialen Lasten, das Gespenst der Arbeitslosigkeit und dazu die Verschlechterung der Rechte der Betriebsräte — das alles charakterisiert die gegenwärtige Lage der Arbeiterschaft auf das deutlichste. Trotz

dieser ökonomischen Verschlechterungen verzichteten die Gewerkschaften auf die seit 40 Jahren bestehende Tradition einer öffentlichen Maikundgebung in Form einer Straßendemonstration. Sie muteten den Arbeitern zu, sich mit einer Versammlung im Saale zu begnügen, ja, sogar auf die Arbeitsruhe am 1. Mai zu verzichten.

Das mußte eine berechtigte Empörung unter der Arbeiterschaft und den Widerstand der Belegschaften hervorrufen. In den Betrieben gingen die Arbeiter dazu über, zur Durchführung ihrer bisherigen, traditionell gewordenen Maifeier **Maikomitees** zu gründen.

So entstanden die Maikomitees auf die Initiative der Belegschaften hin. Diese Maikomitees vertraten 202 Betriebe mit einer Belegschaftsstärke von 239 000 Arbeitern. Dazu kommt noch die Vertretung großer Massen von Erwerbslosen, die Vertretung einer großen Anzahl von Kleinbetrieben, so daß ca. 400 000 Arbeiter durch die Maikomitees vertreten waren.

Auf Grund des gewaltigen Einflusses des Maikomitees, den dieses auf die breiten Schichten der Arbeiterschaft gewonnen hatte, war den Gewerkschaftsführern die Untergrabung dieses Einflusses des Maikomitees nicht gelungen und sie versuchten durch Zusammenarbeit mit Unternehmern und Polizei die Vorbereitungen zu der bisher üblichen Maifeier planmäßig zu durchkreuzen. Darüber geben die Zeugen-Aussagen von Arbeitern, die aus den Betrieben gemäßregelt wurden und sich bei dem Untersuchungs-Ausschuß des Maikomitees zur Abgabe eidesstattlicher Aussagen meldeten, genügend Beweise.

Und nun zu den Vorgängen während der Maitage. Auf Grund des Zusammenwirkens des Dreibundes **Polizei, Unternehmer und Gewerkschaftsführer**, das schon vor dem 1. Mai gefördert worden war, mußten dann am 1. Mai die Uebergriffe der Polizei direkt auf Betriebsarbeiter sowohl in Versammlungen wie auch in Betrieben selbst folgen. Wie sehr sich die Uebergriffe der Polizei nun tatsächlich auswirkten, soll kurz an einigen Beispielen gezeigt werden.

Bereits am Vormittag des 1. Mai wurde in die Saalveranstaltung der Rohrleger in Kliems Festsälen in der Hasenheide von der Polizei ohne Grund hineingeschossen, wobei es mehrere Verwundete gab. Darüber liegen dem Komitee eine ganze Reihe von Zeugen-Aussagen vor. Dieses Vorgehen gegen die Rohrleger zeigt schlaglichtartig das Zusammenwirken der Gewerkschaftsführer und der Polizei gegen solche Arbeiter, die ihre Maitage demonstration im üblichen Sinne durchführen wollten; denn in den Gewerkschaftsversammlungen der Reformisten stellte sich die Polizei in Massen schützend vor die Versammlungen, so daß, wie bürgerliche Zeitungen sich später ausdrückten, die Arbeiter geradezu Gefangene der Polizei waren.

Zur Feststellung der Vorgänge hat die Betriebskommission u. a. auch **Fragebogen** herausgegeben, die von den Betriebsbelegschaften beantwortet wurden. Auch aus diesen Antworten geht das Zusammenwirken der Polizei mit den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern ganz klar hervor. Hierzu nur einige Stichproben: Die Frage 5 des Fragebogens „Welche Mittel und Methoden wurden angewandt, um Maßregelungen durchzuführen und gefaßte Beschlüsse zu verhindern?“ wird zum Beispiel von der Belegschaft der AEG Brunnenstraße wie folgt beantwortet: „Unternehmer

drohten mit schärfsten Maßnahmen, reformistische Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre drohten den Arbeitern mit Entlassung.“

Der Fragebogen der Siemens-Werke beantwortet die Frage 5 wie folgt: „Die Betriebsräte und Vertrauensleute der SPD, haben versucht, die Kollegen unter Hinweis auf sonst folgende Maßregelungen vom Streik abzuhalten.“

Am krassesten tritt wohl der **Fall Reißer**, Untergrundbahnbau Frankfurter Allee, aus den Beispielen hervor. Dort sind 750 Arbeiter beschäftigt. Der gemäßregelte Reißer wird Ihnen selbst seine Erlebnisse bekunden.

Reißer (Untergrundbahnbau Frankfurter Allee) schildert, wie er als Mitglied der Streikleitung nach Einberufung einer von der Firma verbotenen Versammlung von der Arbeitsstelle weg verhaftet und in Fesseln gelegt und von der Polizei auf der Wache aufs Schwerste mißhandelt wurde.

Abgeordneter Hein, (fortfahrend): Skandalöser konnte wohl nicht mehr seitens der Polizei in Betriebsangelegenheiten eingegriffen werden. Hier haben wir es mit ausgesprochenen faschistischen Methoden zu tun, die an Brutalität und Willkür den Mussolinischen Methoden ebenbürtig sind.

Bei einem solchen Zusammenwirken von Staatsapparat, Unternehmern und Gewerkschaftsführern mußten eine Reihe unberechtigter Maßregelungen die Folge sein. Diese Situation nutzten die Unternehmer reichlich aus, um die ihnen unliebsam gewordenen Arbeiter aus dem Betrieb zu entfernen und sie durch solche, die ihnen durch faschistische Arbeitsnachweise vermittelt wurden, zu ersetzen.

Als Folge dieser Maßregelungen laufen bei den Arbeitsgerichten eine ganze Reihe von Klagen gemäßregelter Arbeiter und Betriebsräte, aber auch Klagen von Unternehmern, die ihre Maßnahmen gegen die Arbeiter und Betriebsräte bestätigt haben wollen. Bei diesen Arbeitsgerichtsverhandlungen haben sich **Gewerkschaftsvertreter** dazu hergegeben, für die **Unternehmer als Zeugen** aufzutreten. Das unberechtigte Eingreifen der Polizei in Betriebsverhältnisse zeigen am besten die Vorladungen von Arbeitern zur Abteilung Ia des Polizeipräsidiums. **Mehr als 130 Arbeiter und Betriebsräte**, die angeblich nach Meinung Zörgiebels Mitglieder der Maikomitees gewesen sein sollen, wurden bereits auf die **Abteilung Ia vorgeladen und dort vernommen**. Es ist bezeichnend, welche Fragen diesen Arbeitern dort vorgelegt wurden. Ich will hier kurz diese Fragen mitteilen:

1. Sind Sie mit den politischen Tendenzen des Maikomitees einverstanden?
2. Gehören Sie einem Maikomitee an?
3. Gehören Sie der kommunistischen Betriebszellenleitung an?
4. Gehören Sie dem kommunistischen Zentralkomitee an?
5. Gehören Sie der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg an?

Diese Fragen, obwohl sie auf Grund der Verfassung absolut unzulässig sind, zeigen, wie unerhört die Uebergriffe der Polizei sind.

Und nun zu den

Schlußfolgerungen.

Der Betriebs-Ausschuß stellt fest:

1. Auf Grund der ökonomischen und sozialen Verschlechterung der Lage der Arbeiter in den Betrieben und des Versagens der Gewerkschaftsführer war für die Betriebsarbeiterschaft kein anderer Ausweg möglich, als

sich eine Leitung in Form von Maikomitees zu schaffen, um, wie alljährlich, die Maidemonstration durchführen zu können.

2. Der Betriebs-Ausschuß stellt weiter fest, daß die Gewerkschaftsführer an den blutigen Maivorgängen in Berlin mitschuldig sind, da gegen ihren Willen das Demonstrationsverbot nicht hätte aufrecht erhalten werden können.

3. Durch gemeinsames Zusammenwirken zwischen Polizeipräsidenten und Gewerkschaftsführern wurde unter Anwendung aller militärischen Kampfmittel versucht, die seit 40 Jahren von den Gewerkschaften propagierte Maidemonstration mit den Losungen: Achtstundentag, Sozialismus, Friede, blutig niederzuschlagen.

M A N I F E S T.

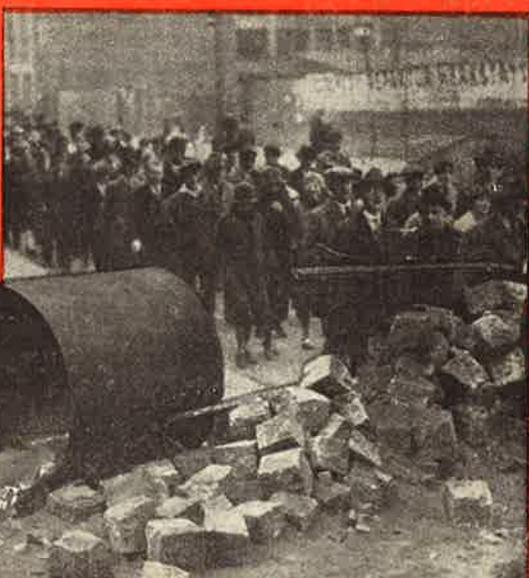
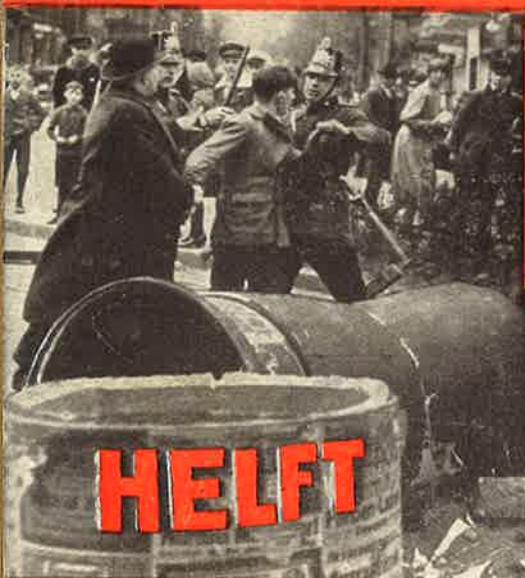
30 Tote, 81 Schwer- und viele Hundert Leichtverwundete und weit über 1000 Sistierungen, das ist das Ergebnis des Mai 1929 in Berlin. Die Parlamente haben geschwiegen, die Amtsstellen haben ihre Beamten nicht zur Rechenschaft gezogen. Der größte Teil der bürgerlichen Zeitungen, ganz besonders aber der „Vorwärts“ blieben stumm, oder suchten den Sachverhalt zu verschleiern. Trotz der großen Schwierigkeiten, die dem Ausschuß durch das Verbot Zörgiebels betreffs der Aussagegenehmigung der Beamten vor dem Ausschuß entstanden, hat der Ausschuß folgende Feststellungen treffen können:

1. Das Verbot der Maidemonstration wurde nur in Berlin ausgesprochen — und nur in Berlin floß Blut.
2. Die Opfer der sinnlosen Maiattacke sind durchweg Unbeteiligte. Alle diese Opfer sind mit Kriegswaffen und Kriegsmunition von der Polizei angegriffen worden.
3. Der ungesetzliche Belagerungszustand ist verhängt worden, ohne daß die Bevölkerung davon in Kenntnis gesetzt wurde.
4. Die Berichte des halbamtlichen Nachrichtenbüros W. T. B. waren Lügen.
5. Schlimmer als in der wilhelminischen Aera ist das Los der Opfer. Sie haben bis zum heutigen Tage noch keinerlei Entschädigung erhalten.

Darum fordern wir:

1. Polizeipräsident Zörgiebel ist sofort seines Amtes zu entheben.
2. Die Anwendung von Schußwaffen gegen die Bevölkerung ist zu verbieten.
3. Alle wegen der Maivorgänge Inhaftierten sind sofort in Freiheit zu setzen und haben Entschädigung für die erlittene Haft und den entgangenen Arbeitsverdienst zu erhalten.
4. Die Hinterbliebenen der Getöteten und die von der Polizei invalid geschossenen Menschen sind sofort zu entschädigen.“

Nach Annahme des Manifestes geloben die Tausenden Versammelten mit erhobenen Händen, daß sie nicht ruhen werden, bis die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden sind.



HELF
DEN OPFERN DES ZÖRGIEBELS-TERRORS